

› Sozialismus bleibt zu populär

Und darum hat die Regierung vor allem den Ostdeutschen ein „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ verordnet

Seite 3

› Keine neuen Vaniceks?

Österreich demonstriert gesetztestreue Härte gegen Zuwanderer. Aber es gibt Gegenwind.

Seite 8

› Mit 13 das Gretchen auswendig

Christa Gottschalk, die Grand Dame des Leipziger Schauspiels wird 80

Seite 9

› Der Westen wollte die Spaltung

So hatte die Volkskongressbewegung für deutsche Einheit keine Chance

Seite 12

24

2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
30. November

www.
leipzig-neue.de

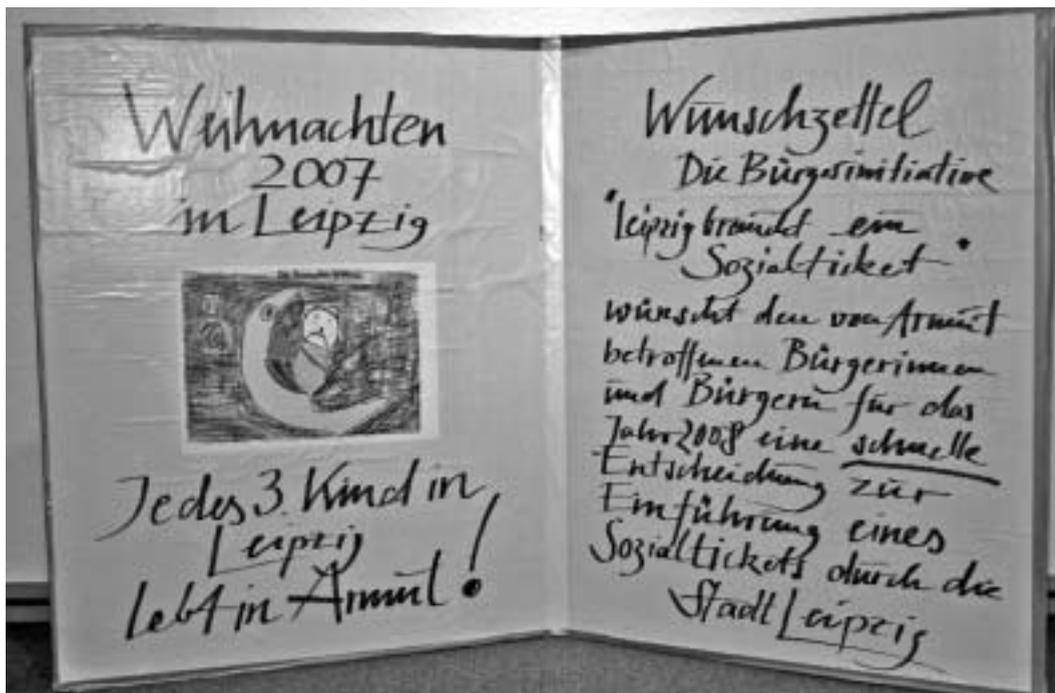
Nur 1 Euro
im Abo

Wunschzettel unerwünscht

Leipzigs OBM verweigerte die Annahme

Die Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ war mit einem Wunschzettel auf dem Weihnachtsmarkt. Sie wartete geduldig, hörte sich die Weihnachtsgrüße des Oberbürgermeisters an und wollte ihm dann ihren Wunschzettel überreichen. „Hier heute nicht!“, war zu vernehmen. Klar, er hätte und hat natürlich an diesen Wünschen schwer zu tragen.

Fotos:Eiltzer



Kennen Sie noch das arme Mafuschka-Seelchen, das im Märchenwald seine Abenteuer erlebt und zu Weihnachten reich beschenkt wurde. Ein noch immer sehenswerter Filmklassiker mit tieferer Bedeutung über Kinder unterschiedlichster Art und Charakters, die wahrlich arm dran sind.

Die Realität in den Stadtteilen rund um den Leipziger Weihnachts-Auwald ist inzwischen von der Art, dass jedes dritte Kind in Armut lebt. Man beachte den Wunschzettel der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“. Anno 2007 muss man da gar nicht lange nachdenken, um entsprechende Beispiele zu finden. Es sei denn, man versucht sich wie jetzt Sachsens Ministerpräsident Milbradt als Märchenerzähler über einen sagenhaften Leipziger Aufschwung. Verdächtig an solch oberflächlichem LVZ-Stimmungs-Interview – kurz vor der Eröffnung des Weihnachtsmarktes – ist, dass der Mann aus Dresden gerade den Sozialbereich komplett ausspart. Zu gern hätten die Leipziger gewusst, ob der Ministerpräsident meint, dass von dem bejubelten Aufschwung etwas bei ihnen „ankommt“. Milbradt hätte den Wirtschaftsbericht der Stadt genauer lesen sollen. Dort steht, dass die Einkommen in Leipzig gesunken sind. Er hätte auch den Statistischen Quartalsbericht der Stadt Leipzig zu Rate ziehen können. Der weist nach, dass die Haushaltseinkommen wieder dort gelandet sind, wo sie schon 1991 waren.

Nun kann man heutzutage kaum wie im Märchen in den Wald gehen und auf einen Heilsbringer hoffen. Eher gilt, soziale Rechte zu erstreiten und gegen Armut in einem so reichen Land zu protestieren. Und das mit aller gebotenen Hartnäckigkeit. Denn der Weihnachtsmann tut es nicht – auch nicht der Ministerpräsident und kein Oberbürgermeister.

• MIZO

OBM Burkhard Jung weigerte sich am 25. November auf dem Weihnachtsmarkt weitere Tausende Unterschriften anzunehmen, die die Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ gesammelt hatte (s. S. 1). Am 14. November waren ihm 10 000 Unterschriften übergeben worden, zusammen mit einem offenen Brief, in demes u. a. hieß:

... Mit der Konstituierung von über 60 Verbänden, Vereinen, Initiativen, politischen Organisationen und Einzelbürgern in der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ hat sich ein breites demokratisches Bündnis der Leipziger Bürgerschaft diese Forderung zu Eigen gemacht. Darauf stützte sich der interfraktionelle Antrag von 3 Fraktionen vom 18. Juli 2007 zur Prüfung der Bedingungen für einen Entscheidungsvorschlag. Dieser wurde in 1. Lesung am 12. September 2007 dahingehend behandelt, dass bis Ende November ein entsprechender beschlussfähiger Vorschlag zur Abstimmung eingebracht wird.

Mit äußerster Verwunderung müssen wir nun in Ihrem Schreiben vom 07.11.2007 zur Kenntnis nehmen, dass der im September gefasste Beschluss ohne Ergebnis

Offener Brief an OBM Jung:

geblieben ist. ...

Es stellt sich die Frage: Wie lange soll dieses „demokratische“ Spiel mit dem Bürgerwillen noch getrieben werden? Wie ernst nehmen Sie die Beschlüsse Ihres Stadtrates? Wie wollen Sie den Bürgern erklären, warum in Leipzig nicht geht, was in immer mehr Städten bereits Praxis geworden ist?

Wir erinnern Sie an die von Ihnen im Sommerinterview mit der LVZ vom 21. Juli geäußerten Visionen. Die von Ihnen gewünschte Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist bereits Realität. Nun bedarf es nur noch den politischen Willen, damit Leipzig „ein Musterbeispiel für einen gelungenen innerstädtischen Sozialausgleich“ wird.

Das Sozialticket als Grundbedingung für die gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Bürgerinnen und Bürger wäre ein erster, wichtiger Schritt aus einem Traum

Leipzig braucht ein Sozialticket



Die einen wie die anderen Unterschriften „ohne Belang“, Herr OBM? Foto: Eiltzer

Realität werden zu lassen!

Wir fragen Sie:

- Wie lange noch ertragen Sie die fortschreitende soziale Ausgrenzung und Isolierung eines immer größer werdenden Teiles Ihrer Bürger?
- Wie lange ertragen Sie noch Situationen, die es Großeltern unmöglich machen, ihre Enkel zu besuchen oder gar zu betreuen, damit die Eltern einer Arbeit nachgehen können?
- Wie lange ertragen Sie noch, dass für

Familien selbst die Esseneinnahme bei der Tafel e.V. durch die Fahrpreise der LVB verwehrt ist.

• Wie lange ertragen Sie noch, dass soziale Bindungen in Dimensionen verloren gehen, auch geschuldet der unbezahlbaren Mobilität?

Wir reichen an dieser Stelle gern die Erkenntnis der sächsischen Sozialministerin Helma Orosz ... weiter, die da lautet: „Gerade bei Langzeitarbeitslosen ist es wichtig, dass ihr Wunsch, sich im Gemeinwohlinteresse zu engagieren, nicht am nötigen Kleingeld zum Beispiel für die Anfahrtskosten scheitert.“

... Es ist niemandem zu vermitteln, warum eine Verwaltung über ein Jahr, eine gewählte Bürgerversammlung über ein halbes Jahr benötigt (oder noch länger?), um über ein Sozialticket für die bedürftigen Bürger Leipzigs zu entscheiden.

Wir erwarten im Namen der bisher insgesamt geleisteten 20 000 Unterschriften, im Namen der bereits stimmlos gewordenen über 100 000 Betroffenen und im Namen der vielen engagierten MitstreiterInnen in der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ die Einführung eines Sozialtickets ab 1. Januar 2008!

Bus und Straßenbahn müssen für jeden Leipziger wieder bezahlbar werden!

Das Kapital als Hörspiel

Karl Marx' Hauptwerk ist allgemein bekannt, wenn auch die wenigsten es gelesen haben. War das ein Grund, das Kapital Band 1 zum Thema eines Hörspiels zu machen? Wer sich das Ergebnis der Arbeit der Theatergruppe „Rimini Protokoll“ im Deutschlandfunk jüngst zur Primetime um 20.10 Uhr anhörte, war eher enttäuscht.

In der Hörspielcollage „Karl Marx: Das Kapital, Erster Band“ versammeln sich Menschen, die sich auf die eine oder andere Form mit dem großen Klassiker verbunden fühlen – einer von ihnen, der Wirtschaftsprofessor Thomas Kuczynski, der das Marx'sche Werk aus dem Effeff kennt. Zu hören war weder ein Abgesang auf Marx, noch ging es um graue Theorie. Wichtig war nicht, wie die Regie das Kapital liest, sondern was darin steckt, wo in der Gesellschaft es sozusagen vorkommt, wer es benutzt und kennt, unabhängig von politischer Couleur und wirtschaftlicher Praxis. Das Ganze war und blieb 55 Minuten lang eine individuelle Sicht auf Karl Marx und das Kapital. Bezüge zu heute fehlten fast gänzlich und wenn sie vorkamen, dann zu bedeutungslosen sektiererischen Linksparteien.

Die Autoren Helgard Haug und Daniel Wetzel, beide Jahrgang 1969, studierten in Gießen am Institut für angewandte Theaterwissenschaft. Mit Stefan Kaegi bilden sie das Regiekollegium „Rimini Protokoll“. So war auch die Vorlage für ihre akustische „Kapital“-Aufarbeitung bereits am Schauspielhaus Düsseldorf 2006 mit dem Mülheimer Dramatikerpreis ausgezeichnet worden.

• KARL-H. WALLOCH

Wird es Olaf Scholz richten?

Wer ist eigentlich der zukünftige Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz? Seit 32 Jahren Mitglied der SPD, hat er sich über Jahre als Anwalt mit Themen wie Arbeitsrecht, Jobs, Renten bis hin zum Arbeitsmarkt beschäftigt. Organisationsstalent konnte er als Fraktionsgeschäftsführer bereits beweisen. Davor war Scholz bereits, wenn auch nur für 18 Monate, der Generalsekretär der SPD. Im Jahr 2004 wurde er

von der Basis für Gerhard Schröders Agenda-2010-Kurs und seine oft inhaltlosen Reden mit Verlust der Spitzenposition der SPD abgestraft. Dabei begann bei Olaf Scholz die Karriere in der Sozialdemokratischen Partei auf einem Linksticket. Eine Zeitung in Schleswig-Holstein beschrieb das jüngst so: „Der Wahlhamburger wurde zu Beginn der 80er Jahre für die Friedensbewegung abgestellt, damit diese nicht kommunistisch, sondern sozialdemokratisch blieb.“ Wenn das heute keine Auszeichnung ist.

Im Jahr 2001 sollte Scholz in der Hansestadt Hamburg der

neue Innensenator werden. Hier wollte er als „Law- and Orderman“ hart durchgreifen. Dann verloren die Sozialdemokraten in Hamburg die Wahl zur Bürgerschaft. Gewinner wurde ein sogenannter Bürgerblock von CDU und FDP mit der rechtslastigen Schill-Partei. Aber zurück zu Scholz, der mit 17 Jahren den Jusos beitrug und sich in seiner Jugend zum linken Flügel der Partei zählte. Das allerdings bestreiten Weggefährten von damals. Er ist ja auch bald abgedriftet zum „Seeheimer Kreis“.

Kurz, Olaf Scholz wusste immer, was der eigenen Karriere half.

• WALL

Nach Redaktionsschluss:

Wie *foreign-policy.com* meldet, weigert sich das Verkehrsministerium, das Gedenken an die Opfer der „Reichsbahn“-Deportationen im „Zug der Erinnerung“ (LN 23'07) finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig verlangt die Deutsche Bahn AG von den Organisatoren der Zugausstellung Trassengebühren und erhebliche Standgelder. Gefordert werden mehrere zehntausend Euro, um Fotos und letzte Briefe der Deportierten in den deutschen Bahnhöfen zeigen zu dürfen. Einen Erlass hat das Bahn-

In Mittweida können Glatzköpfe Lunbehelligt auf offener Straße mit der Aufschrift NSDAP auf ihrer Bomberjacke herumlaufen, ihre schwarz-weiß-roten Hosenträger baumeln lassen, den Passanten stolz ihre eintätowierten Hakenkreuze entgegenhalten und dann, je nach Laune auch mal ein kleines sechsjähriges Spätaussiedlermädchen schikanieren, bis es weint. Eine 17-Jährige, die mit einer heute seltenen Zivilcourage eingriff und dem Kind so zur Flucht verhalf, verhütete womöglich Schlimmeres. Dafür bekam sie trotz heftigster Gegenwehr von der Bande ein 5 cm

Da fehlen einem die Worte

Management abgelehnt. Die Weigerung führt zu heftigen Reaktionen der Ausstellungsbesucher, die in unerwarteter hoher Zahl in den „Zug der Erinnerung“ strömen. Um den Anfragen aus sämtlichen Bundesländern nachzukommen, müsste die ursprünglich geplante Fahrstrecke verdoppelt werden. Eine Beteiligung an den entsprechenden Kosten lehnt das Verkehrsministerium unter Minister Wolfgang

Mittweida hier und heute Eine Schwache schützte eine noch Schwächere

großes Hakenkreuz in die Hüfte geschnitten, das heißt, drei hielten sie fest und einer bearbeitete sie mit einem skalpellähnlichen Messer. Auf den Balkons ringsherum waren mehrere Leute, denen der Vorfall nicht entgangen sein konnte, sagte die Jugendliche bei der Polizei aus. Die aber war nicht in der Lage „im Umfeld des Tat-

Tiefensee (SPD) kategorisch ab. Laut einem Schreiben des Verkehrsministeriums, das *foreign-policy.com* vorliegt, kommt eine Finanzierung des Gedenkens an die in Europa deportierten Kinder und Jugendlichen im „Zug der Erinnerung“ aus rechtlichen Gründen nicht in Frage. Es fehle eine „haushaltsrechtliche Ermächtigung“. Abschließend wünscht der Referatsleiter „Politische Planung“ im persönlichen Auftrag des Ministers „viel Erfolg“ und empfiehlt, für das Gedenken im „Zug der Erinnerung“ sollten andere aufkommen.

orts“ Zeugen zu ermitteln. Sehr bald gefasst jedoch hatte sie einen 19-Jährigen aus dem Raum Burgstädt, der womöglich an der Tat beteiligt war, als einer, der die 17-Jährige festhielt. In seinem Zimmer in der elterlichen Wohnung stellten die Beamten mit Sand gefüllte Lederhandschuhe, einen Button mit dem Aufdruck „Sturm 34“ und Datenträger sicher. Die von der Chemnitzer Staatsanwaltschaft beantragte Untersuchungshaft lehnte das Amtsgericht Chemnitz jedoch ab, da der Tatverdacht gegen den 19-Jährigen nicht ausreichend nachweisbar war.

• MX

Kein Dörfersterben?

LN. Am 9. November verkündete der Sächsische Landwirtschaftsminister Roland Wöller, in Sachsen gäbe es kein Dörfersterben. Wäre diese Auslassung zwei Tage später gefallen, hätte die linke Landtagsabgeordnete Elke Altmann sie als karnevalistischen Beitrag gewertet, so aber zeuge sie nur von ministerieller Arroganz und Ignoranz. Und sie fragt sich: „Wann war der gebürtige Duisburger und jetzige Wahl-Freitaler zuletzt im ländlichen Raum unterwegs? Wann war er zuletzt in einem Dorf, wo der Bus dank CDU-Verkehrspolitik zweimal täglich hält, wo dank CDU-Strukturpoli-

tik Post und Konsum vor Jahren schon dicht gemacht haben und wo nun, dank CDU-Schulpolitik, auch die Schule schließen musste. Wo Unternehmen sich nicht ansiedeln, weil sie nicht einmal DSL-Internetverbindung bekommen...“ Beinahe hat die Abgeordnete Verständnis für Wöller, denn in so einen Ort will ja wirklich niemand hin: „Da will man nur weg. Und deshalb sterben diese Dörfer.“ Die Linke habe dagegen ein Alternativ-Programm zur Stärkung der Landwirtschaft und nachgeordneter Wirtschaftszweige, zur Unterstützung regionaler Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe, zum Erhalt von Schulstandorten und Förderung des ÖPNV.

Born in the GDR“ hieß in der sogenannten Wendezeit ein Spottlied auf die DDR, das die Cottbuser Rockgruppe „Sandow“ bekannt machte. Nach der Vereinigung wurde es eine Art Kultsong der jungen Leute, die auf ihre DDR-Herkunft pochten. Die Rockgruppe nahm den Song daraufhin mit der Begründung aus ihrem Programm, er wäre als Lobeshymne auf die DDR missverstanden worden. So wie in diesem Beispiel erfahren seit Jahren viele Merkmale des Lebens in der DDR angesichts Herabwürdigung, Benachteiligung und Ungerechtigkeit eine Neubewertung. „Der Sozialismus bleibt merkwürdig populär, die Lust am DDR-Anschluss begrenzt“, schreibt die *Junge Welt*.

Mit wachsender Besorgnis und Gereiztheit reagieren darauf die Politiker der bürgerlichen Parteien, unter ihnen insbesondere jene in der DDR fundiert ausgebildeten ehemaligen Bürgerrechtler, die ihre politische Karriere nach der Wende auch ihrer „Nie wieder Sozialismus“-Haltung verdanken. Die sozialistischen Denkmäler wurden entfernt, aber das Denken der Menschen ließ sich nicht gleichermaßen schleifen. Schönreden der auf dem Privateigentum an Boden und Produktionsmitteln beruhenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und Freiheitsgeschwafel zeigen nicht die erhoffte Wirkung, da sie im Widerspruch zum sozialen Sein vieler Menschen stehen. Nationalbewusstsein und Patriotismus sind nur gering ausgeprägt. Das hatte z. B. auch im Jahre 2005 ein inzwischen abgeschobener CDU-Landesminister in Sachsen erkannt. Er forderte in einem Patriotismuspapier mehr Symbole, die „Momente kollektiver emotionaler Erhebung“ ermöglichen und damit zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen.

Denkmalsinitiator „Deutsche Gesellschaft“

Auch die „Deutsche Gesellschaft“ e.V., eine 1990 gegründete gesamtdeutsche Vereinigung von Politikern, agiert seit Jahren in diese Richtung. Sie ist eng mit der Bundeszentrale für politische Bildung verbunden, wird gefördert u.a. von der Axel Springer Stiftung und vergibt, um ein Beispiel zu wählen, am 11. Dezember ihren jährlichen Preis für deutsche und europäische Verständigung. Bezeichnend: Die Preisverleihung findet im Atrium der Deutschen Bank statt und ebenso bezeichnend: Ausgerechnet Innenminister Schäuble erhält ihn 2007 (Laudatio: Otto Schily).

Von besagter Stiftung ging 2004 auch die Initiative für das nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal aus, dessen Errichtung der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP (Grüne und Linke stimmten dagegen) am 9. November diesen Jahres beschloss.

Scheinbar kein Denkmal in Leipzig

Die „Deutsche Gesellschaft“ zeichnete auch als Veranstalter einer Podiumsdiskussion, die am 22. November 2007 im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig stattfand. Außer vielleicht zwei Handvoll Besuchern nahmen daran auf Podium und im Auditorium etwa 25 zu Amt und Würden gelangte ehemalige Bürgerrechtler, Funktionäre der Deutschen Gesellschaft und andere Verantwortungsträger aus Leipzig teil. Anschließend gab es Sekt und Sandwiches. Ein Schalk, der Böses dabei denkt.

Die Podiumsgäste lieferten lustlos ihre

Den vermeintlichen Sieg in Stein verewigen ?

Einheitsverdrossenen Ostdeutschen wurde mittels Bundestagsbeschluss ein Freiheitsdenkmal verordnet



Ist doch eigentlich „denk mal!“ genug?

stark agitatorischen Beiträge ab, die, was ein Leipziger Denkmal betrifft, pessimistisch waren. „Die Messen sind eben schon gelesen“, meinte der bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Werner Schulz. Georg Girardet, Kulturbeigeordneter der Stadt Leipzig, empfahl, sich mit Berlin abzustimmen, um unter Umständen ein „korrespondierendes Denkmal“ ins Auge zu fassen. Ein ehemaliger Teilnehmer der

89er Protestdemonstrationen gab bekannt, dass er einen konkreten Entwurf für ein Leipziger Revolutionsdenkmal bereits an Entscheidungsträger in Leipzig übergeben habe. Auf dem gesamten Innenstadtring der Stadt sollen danach in bestimmten Abständen Gedenkblöcke mit der Inschrift: „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt!“ errichtet werden. Am 9. Oktober jeden Jahres, dem Tag an dem 1989 70 000 Menschen demonstrierten, sollen die Glocken aller Kirchen geläutet und die Ampeln des Ringes auf Rot geschaltet werden, damit die Menschen innehalten und sich der Bedeutung dieses historischen Datums bewusst werden. So jedenfalls möchte es der Ideengeber.

Ein Revolutionsdenkmal, so oder in anderer Form, wird es mit einiger Sicherheit nicht geben. Schließlich würde es die

Menschen immer wieder daran erinnern, was die Kraft der Volksmassen vermag. Das könnte aufgrund der sich verschärfenden Krise in Staat und Gesellschaft eines Tages schwerwiegende Folgen haben. Denn zur Folgenkette der „friedlichen Revolution“ gehören nicht nur Mauerfall, Warenüberfluss, Reisefreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit, sondern eben auch Massenarbeitslosigkeit, gesellschaftliche Ausgrenzung, Kinderarmut, Überwachungsysterie und gefährliche kriegerische Abenteuer.

Berliner Denkmal in erster Linie für die Ostdeutschen

Das geplante „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ ist allem Anschein nach insbesondere für die Ostdeutschen gedacht,



Erster Preis für diesen Entwurf eines Freiheits- und Einheitsdenkmals

unter denen Politik- und Einheitsverdrossenheit zugenommen haben. Der Name ist politisches Programm, die Reihenfolge der Begriffe ebenfalls. Zuerst wurde die Freiheit (im Osten) errungen und dann die Einheit (Beitritt der DDR) hergestellt. Nur an die sogenannte Wiedervereinigung zu erinnern, würde nach Ansicht des früheren SPD-Politikers Richard Schröder zu kurz greifen. „Es geht doch auch darum“, so der Theologe, „was in der DDR vor dem Fall der Mauer passiert ist.“ Mit anderen Worten, es soll also nicht in erster Linie der Freude über die Einheit Ausdruck gegeben werden, sondern dem vermeintlichen Triumph über den Sozialismus. Es wäre damit zugleich ein Mahnmal für alle jene, die noch sozialistischen Ideen nachhängen.

Der konträre und interessenbetonte Disput über das Denkmal wird Presse, Foren und zahlreiche Debatten auch in Zukunft maßgeblich beschäftigen und damit auch ablenken von der aktuellen Misere der bundesdeutschen Politik.

Unter den Nebelschwadern der gewünschten nationalen Debatte wird Kanzlerin Merkel ihre USA-hörige kriegsabenteuerliche Außenpolitik und die unsoziale sogenannte Reformpolitik fortsetzen. Diese Art nationaler Denkmäler sind in erster Linie Symbole, die eine Botschaft des Auftraggebers verkünden und das Denken der Menschen in eine gewünschte Richtung lenken sollen. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal wird in diesem Sinne kein Spiegel der Geschichte und Anlass der Identifikation sein, sondern die Sicht auf die Ereignisse, wie sie wirklich gewesen sind, verstellen. Deshalb sollte diese Aufgabe erst künftigen Generationen vorbehalten sein.

• MANFRED BOLS

IG Metall Leipzig/ Leipzig / Courage zeigen e.V. /
Gesellschaft für Völkerverständigung e.V. / NGG Leipzig

Einladung zur Podiumsdiskussion

Die Affären um den „Sachsen-Sumpf“ Wer klärt in Leipzig Mafia-Vorwürfe auf?

am Dienstag, den 4. Dezember 2007, 19.00 Uhr,
Alte Handelsbörse (Naschmarkt, Grimmaische Strasse)

mit:

Klaus Bartl

MdL, Die Linke, Vorsitzender des 2. Untersuchungsausschusses des Sächsischen Landtages

Stefan Costabel

Rechtsanwalt, Leipzig

Matthias von Hermanni

ehemaliger Chef des Betriebes für Beschäftigungsförderung, Vorsitzender des CDA-Kreisverbandes Leipzig

Karl Nolle

MdL, SPD, Mitglied und Obmann der SPD-Fraktion im 2. Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages

Jürgen Roth

Publizist, Frankfurt am Main

und

Marcel Braumann

Moderation



Journalist und Autor Peter Jacobs erzählte zu früher Morgenstunde temperamentvoll und unterhaltsam über Che Guevara

Foto: Eiltzer

Was haben drei dominikanische Aktivistinnen und ein argentinischer Arzt gemeinsam? - Sie alle starben im Kampf für ihre Ideale, die Ausdruck für die Sehnsucht nach Gerechtigkeit waren. Die Rede ist von den drei Schwestern Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal, die nach monatelanger Folter von den Schergen des Diktators Trujillo am 25. November 1960 ermordet

wurden und die Rede ist von niemandem geringeren als dem populären argentinischen Revolutionär Ernesto Guevara de la Serna, dessen Ermordung sich am 8. Oktober zum vierzigsten Mal jährte. Unter Einsatz ihres Lebens, wollten sie eine bessere, gerechtere Zukunft für ihre Landsleute zu schaffen. Ihr Tod war letztlich kein Scheitern, sondern setzte ein Zeichen. Dem konnte sich die internationale Gemeinschaft nicht entziehen. Rund zwanzig Jahre später - 1981 - würdigten beispielsweise Feministinnen aus Lateinamerika und der Karibik während eines Treffens in Bogotá, die drei Schwestern Patricia, Minerva und Maria Teresa, und riefen den 25. November zum Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen aus. Seit 1999 wird dieser auch von der UNO offiziell anerkannt.

Seit Jahren finden rund um den 25. November Protestveranstaltungen und Aktionen der Frauenbewegung gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung von Frauen statt. So auch in diesem Jahr, in dem der Aktionstag unter dem Motto „Nein zu häuslicher Gewalt“ stand. So trafen sich Vertreterinnen von „terre de femme“, Lebenszeiten und dem Frauen- und Kinderschutzhause Leipzig zu einer von der Feministischen Arbeitsgemeinschaft Die Linke., kurz Lisa, organisierten Diskussionsrunde im Liebknecht-Haus.

Zur selben Zeit und am selben Ort lud „Leipzigs Neue“ zu einer Lesung ein. Der Journalist Peter Jacobs stellte sein jüngst im November im Verlag Neues Leben erschienene Buch „Ernesto Ché Guevara. Eine Chronik“ vor und zitierte dabei auch aus der ebenfalls erst kürzlich herausgebrachten Anekdotensammlung „Ich lasse euch

jetzt mit mir alleine. Anekdoten über Ché Guevara“. Kurzer Hand ging man aufeinander zu und traf sich gemeinsam zu einem Frühstück mit Che.

Journaliststudent Peter Jacobs traf den damals auf Besuch gewesenen Ché zufällig an der Universität Leipzig. So etwas vergisst man nicht. In seiner am Sonntag vorgestellten Chronik legt der Journalist viel Wert auf eine Sprache, die es dem Leser ermöglicht, sich in die damalige Zeit zu versetzen. Der Stil des Buches erinnert deshalb eher an einen Roman, als an eine rein sachliche Abhandlung. So werden die Fakten lebendig. Man kann sich, Jahrzehnte später, in diesen jungen Mann, der sich im revolutionären Eifer einem jungen kubanischen Anwalt namens Fidel Castro Ruz anschließt und aufbricht, um Kuba von der Diktatur Fulgencio Batistas zu befreien, hineinversetzen. Als Ernesto Guevara schließlich am 8. Oktober 1967 in Bolivien ermordet wird, ist das nicht sein Ende, sondern der Anfang eines Mythos, der sich in der ganzen Welt wie ein Lauffeuer verbreitet. Heute scheint dieser lebendiger zu sein, als jemals zuvor.

Es war ein kühler Sonntagmorgen bei einem gemeinschaftlichen Frühstück. Es zeigte sich, das es gut ist, einmal ursprüngliche Pläne zu verlassen und aufeinander zu zugehen und zu zuhören. Zur Sprache kamen dabei die zum Teil schlimme Situation von Frauen in Deutschland und andernorts sowie der Mut von außergewöhnlichen Männern. Gelebtes Leben und gelesenes Buch trafen sich auf unterschiedlichste Art bei diesem Sonntagsfrühstück mit Che.

• SANDRA WOLF

Im Brühlkaufhaus: NEU BAU LAND

Eine Ausstellung zu Architektur und Stadtentwicklung in Ostdeutschland seit 1990

Leipzig ist nach Frankfurt a. Main die zweite Ausstellungsstation. Besonders erfreut sind die Initiatoren, dass die Ex-position nicht wie in Frankfurt am Main in einem Museum, sondern in einem bauhistorisch interessanten Gebäude präsentiert wird, das demnächst noch einmal seinen Charakter ändert. Ermöglicht wurde die Präsentation neben staatlicher Förderung auch durch Sponsoren aus der Region.

Berlin blieb in der Ausstellung bewusst außen vor, da dortige Bauten - auch im Ostteil - bereits vielfältig dokumentiert wurden. Oliver Hamm, Architekturpublizist und einer der Ausstellungsmacher verkündete bei der Ausstellungseröffnung: „Leipzig ist die unangefochtene Architekturhauptstadt der neuen Bundesländer.“ Er berichtete ferner, dass 75 Prozent der öffentlichen Bauten nach Architektenwettbewerben und diese zunehmend nach Entwürfen von jüngeren Architekten gebaut werden. Während Anfang der 90er Jahre viele, vor allem private, Bauten als Neubau nach Vorstellungen westdeutscher Architekten gebaut wurden, werden Planungen jetzt zunehmend von ostdeutschen Büros durchgeführt. Da die Mehrzahl der Vorhaben sogenannte Umbauten sind, zahlen sich hier Ortskenntnisse und Präsenz in der Region für ostdeutsche Architekten zunehmend aus.

Dr. Lüdke-Daldrup, heutiger Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, definierte Architektur als Kunst, der man nicht ausweichen könne. Deutsche Architekten seien „Spitze beim nachhaltigen und energieeffizienten Bauen, in der Beachtung der Lebenszyklen, beim

Bauen am Rande oder in der Innenstadt“. Auch eine interessante Entwicklung: In den kommenden Jahren werden die Braunkohlenregionen in Nordrhein-Westfalen um Aachen und Köln von den Erfahrungen aus den Braunkohlenrevieren Halle-Leipzig und Lausitz profitieren.

Ob mit oder ohne Kunst am Bau „ist die öffentliche Hand bemüht, Architekturqualität entstehen zu lassen“. Deutlich zeigt diese Ausstellung „Gelungenes und Gescheitertes nach 17 Jahren.“ Neben Großbauten, wie Neuer Messe, Museum der Bildenden Künste, Zentralgebäude BMW-Werk, Heizkraftwerk Nord, Flughafen Leipzig-Halle und dem Zentralstadion dokumentiert die Ausstellung auch Leipzigs kleinere Bauten, wie das KPMG-Gebäude in der Münzgasse, das Zentralgebäude der Stadtreinigung, die Maria-Montessori-Schule in Grünau, die Sporthalle der Neuen Nikolaischule, Zoo-Parkhaus, Ausstellungshalle der Galerie für Zeitgenössische Kunst und das Wolkenlabor des Institutes für Troposphärenforschung. Kritisch hinterfragen die Ausstellungsmacher die historisierenden Neubauten um den Dresdner Neumarkt. Kritiker der „Historientümelei“ in Dresden lassen beim Nachbau der Dresdner Frauenkirche als Reparatur des Weichbildes der Stadt „Gnade vor Recht“ ergehen. Folgt man einigen Medien, begann Dresdens Wiederaufbau erst 1990.

Die Stadt Potsdam wagt, trotz Rückbesinnung auf Preußen eine Verbindung von Geschichte und Heute auch beim Bauen. Als Ursache solcher Entwicklungen muss für einzelne Ausstellungsmacher die „ungeliebte DDR-Architektur“

erhalten. Vielmehr waren es aber die aus dem Westen nach der Wende initiierten Debatten um „sozialistischen oder kapitalistischen Beton“, die neben anderen dazu benutzt wurden und werden, die DDR zu delegitimieren.

Ahnungslosigkeit muss leider den Ausstellungsmachern hingegen im Hinblick auf Leipzig bescheinigt werden. Die Stadt ist immer durch radikalen Wandel - auch was die bauliche Erneuerung betrifft - geprägt worden. Außer durch den Paulinerverein wurde hier in den zurückliegenden Jahren mit Baugeschichte unverkrampft umgegangen. Kulissenhafter Wiederaufbau war immer nur auf das Schließen von einzelnen Baulücken, wie Alter Waage oder das Eckgebäude Barfußgasse/Nikolaikirchhof gerichtet. So soll auch in Zukunft lediglich der historische Giebel des Deutchtrichs Hof wieder errichtet werden. Und auch nur deshalb, damit massive Neubauten an der Reichsstraße den schmalen Giebel des Riquet-Hauses nicht „wegdrücken“. Beispiele für gelungenen Stadtbau werden auch aus Halle, Cottbus, Greifswald, Hoyerswerda und Leinefelde dokumentiert. Letztere war Schrittmacher für Vielfalt und Umfang bei der Umgestaltung von „Plattenbauten“. Auf dem Ausstellungsboden liegende und bewusst in Schwarz-Weiß gehaltene Fotos realisierter Bauten, darunter auch Leipziger, belegen die „Banalität und Beliebigkeit des Bauens“.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Bis zum 21. Dezember 2007
von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet
Eintrittspreise: 2,00 Euro
Leipzig-Pass-Inhaber 1,50 Euro

Leipziger Stadtratsnotizen

Musikschule contra Gastronomie

Nach kontroverser Debatte über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne wurde der Änderungsvorschlag von Jens Hermann (Die LINKE) beschlossen. Darin wird geprüft, ob und ab wann im bisher von der Firma Arco genutzten Gebäude „Kaffee Richter“ (das zur Immobilie der Musikschule gehört) ein Musik-Cafe einzurichten ist. Ursprünglich sollte ad hoc auch über die unverzügliche Nutzung von Flächen der Musikschule und des Straßenraumes als Freisitz abgestimmt werden.

Fenstersanierung notwendig

Stadträte verschiedener Fraktionen erfragten die Zeitpunkte der mittelfristigen komplexen Sanierung sowie der Erneuerung von Fenstern und Sanitärbereichen in der Löbniger Lene-Voigt-Schule (51. Mittelschule). Auch wenn die endgültige Sanierung erst nach der Modernisierung der Wilhelm-Ostwald-Schule (Spezialgymnasium) erfolgt, so sind aus Sicherheitsgründen dringend neue Fenstereinbauten in der Lene-Voigt-Schule notwendig.

Wildwuchs verhindern

Die Stadt wird den zunehmenden ungeordneten Ansiedlungen von großflächigem Einzelhandel in Zukunft stärker entgegenwirken.

Extreme Beispiele: nördlich der Max-Liebermann-Straße und im Gohliser Gleisbogen sowie im Bereich Magdeburger und Lindenthaler Straße.

Elfjähriger erhält „Preis für CivilCourage“

Engagierte Leipziger wurden am 20. November für ihr Tun und ihren persönlichen Mut geehrt



Wie lange werden wir so einen Preis überhaupt nötig haben?“ fragte Moderator und Schriftsteller Henner Kotte an jenem Abend. Jeder weiß und ahnt, dass da vorschnelle Antworten nicht zu haben sind. Die Geehrten des Jahres 2007 konnten unterschiedlicher nicht sein, das galt auch für die Situationen und Umstände, in denen sie couragiert reagierten.

So setzte sich der elfjährige Tulani Bremer, gegen Beschimpfungen und Beleidigungen aufgrund seiner Hautfarbe während eines Fußballspiels zur Wehr. Der begeisterte Ballspieler machte mit Unterstützung seiner Mutter diese Vorfälle öffentlich. (links oben)

Mut kann man zeigen durch Selbstbeherrschung, durch ein gerades, offenes Wort, durch gewisse Entbehrungen, durch Geduld oder durch Kühnheit.

Makarenko



Fotos H. Ulrich

Respekt und viel Beifall gab es an diesem Abend im Kino „Cineding“ auch für die junge Schiedsrichterin Christine Weigert (rechts unten), die rechtsextreme Vorfälle bei einem Juniorenfußballspiel in Wurzen bekannt machte. Da wurden Vietnamesen beschimpft und Kollegen rieten der jungen Frau einfach wegzuhören.

Darüber hinaus erhielt Marlis Michel (links unten) einen „Preis für CivilCourage“. Sie ist unter den Geehrten diejenige mit der meisten Lebenserfahrung und engagierte sich für ihr Vorhaben „Experimente für den Frieden“ bis an ihre persönlichen Grenzen reichend am diesjährigen Weltfriedenstag. Besonders hervorzuheben ist das kontinuierliche Engagement der Bürgerinitiative Lindenau-Plagwitz. Matthias Rampke und Peter Brada nahmen dafür den Preis in Empfang. Engagierte Leipziger, die sich nach rechtsextremen Vorkommnissen in ihrem Stadtteil zusammenschlossen und seitdem durch Veranstaltungen und Projekte gezielt an vielen Stellen Aufklärung leisten. Und sie werden und müssen das auch noch weiterhin tun, um auf die anfangs gestellte Frage des Moderators noch einmal einzugehen.



• - CK

Ladenschluss für T.S.

Das Bündnis „Ladenschluss“, das sich formierte, um den in der City eingemieteten Tonsberg-Laden, wegzutrommeln, schrieb einen Brief an die Leipziger Verwaltungsspitze, um einen klaren Standpunkt zu bekommen. Den gab der für Umwelt, Ordnung, Sport zuständige Dezernent, Heiko Rosenthal (Linkspartei). Er äußerte seine „Bedenken“ in Bezug auf die Eröffnung der „Thor Steinar“-Filiale in Leipzig. „Der Vermieter würde bei der Beendigung des Mietverhältnisses unterstützt.“ Das Tragen von Thor-Steinar-Bekleidung durch Ordner des Fußball-Vereines Lok Leipzig war ein weiterer Teil der „Ladenschluss“-Anfrage an den OBM. Darin heißt es: *Ein explizites Verbot von Thor-Steinar-Bekleidung in den Leipziger Fußball-Stadien wäre zu begrüßen. Auch der sächsische Verfassungsschutz belegt eine Präsenz gewalttätiger Rechtsextremisten im Fußballmilieu. Wer aber das Nazi-Problem zum 'Extremismus'-Problem macht, setzt Rassismus, Antisemitismus und Homophobie mit humanistischen, welt offenen Einstellungen gleich. Der Aussage des Ordnungsbürgermeisters in der Stadtratssitzung „dass Politik nichts auf dem Fußballplatz zu suchen hat“, können wir nicht zustimmen. Das Bekenntnis gegen rechts muss überall und zu jeder Zeit Platz finden.*

„Ladenschluss“ plant weitere Aktionen: Am 24. November gab es im Stadtzentrum ein Kulturvent. Im Dezember startet eine „Weihnachtsgeschäft“-Kampagne. Dass mit dem Bekenntnis des Ordnungsbürgermeisters der Streit um den „Tonsberg“-Laden nicht ausgestanden ist, zeigt das Beispiel Magdeburg: Da genießt der Betreiber den Gang vors Gericht. Er verlangt eine „Abfindung“ in sechsstelliger Höhe. Auch so kommt das rechte Netzwerk zu Geld. • JO.



Lautsprecher mit Kultur gegen Unkultur
Fotos: Eiltzer

Rechtsextreme schüren Angst In Reudnitz werden Reviere markiert

An Stromkästen, Lichtmasten und Häuserwänden finden sich seit drei Monaten Aufkleber, Schmierereien und Graffiti mit nicht immer eindeutiger Herkunft. Wenn der deutsche Hund sein Revier abgesteckt hat, verspürt er ein akutes Bedürfnis, es zu verteidigen. In dieser Phase einer wachsenden Selbstsicherheit und Selbstüberschätzung bellt er allerdings auch mal die eine oder andere Blume an.

Am Morgen des 22. November entdeckten Anwohner in der Holsteinstraße zwei große Hakenkreuze an der Wand eines Wohnhauses. Sie rahmen die Worte „wieder Deutschland“ ein. Es wurde Anzeige gegen Unbekannt gestellt wegen Verwendung von nationalsozialistischen Zeichen, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch.

Am Abend des selben Tages sammelte sich rund 40, größtenteils verummte Personen, auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Sie begannen sofort, das Haus mit Signalkraketen zu beschießen, die man wohl eher aus der lokalen Fußballliga kennt. Die einzelnen Personen waren augenscheinlich der Nazi- bzw. Hooliganszene zuzuordnen und brüllten „Rotfront verrecke“, „Nationaler Widerstand jetzt“ und Anti-Antifa-Parolen. Keine Minute später teilen sie sich in Kleingruppen auf und verschwinden in den angrenzenden Nebenstraßen. Die

Polizei, welche bereits kurz danach eintrifft, kann nur noch wenige Personalien feststellen.

Die Bewohner des Hauses selbst sind überrascht und verängstigt. Nach eigenem Bekunden können sie keinen Anlaß sehen für derartige Drohgebärden der lokalen rechtsextremen Szene.

Während der bundesweit von Nazi-Organisationen ausgerufenen Hess-Gedenkwochen im August dieses Jahres wurden auch hier Graffiti, Aufkleber und Flugblätter mit einschlägigen Inhalten gefunden.

Ebenfalls aktiv sind sogenannte „Autonome Nationalisten“, die unter den „Freien Kräften Leipzig“, einer rechtsextremen, kameradschaftsähnlichen Gruppierung, zu finden sind. Sie verteilten Anfang September Flugblätter in Reudnitz-Thonberg und Anger-Crottendorf. Im Oktober und November gab es ähnliche Aktionen in Einkaufszentren in der Dresdner Straße, in Probstheida und Wachau.

Der Überfall vom 22. November erreichte in dieser Hinsicht allerdings eine andere Qualität im Leipziger Osten. Ein derart massiver Einschüchterungsversuch erinnert an die Vorfälle in der GutsMuthsstraße und vor dem Programmkino Cineding (LN berichtete) in der Karl-Heine-Straße, Anfang des Jahres, als sich dort Anwohner gegen eine Nazi-Wohngemeinschaft zur Wehr setzten. • AND.

Dresden macht nicht nur wegen des Streits um die Waldschlösschenbrücke, des Stadions, der Operette usw. von sich reden, sondern auch wegen der Entwicklung der Linkspartei, die in der spezifisch reformistischen Dresdner PDS ihre Vorgeschichte und ihre Wurzeln hat. André Brie behauptet, im Stadtvorstand gäbe es „rückwärts gewandte Mitglieder: Politisch ist das für uns (?) tödlich.“ Zu den bekannten Fakten gehört: Seit Juli 2007 gibt es zwei linke Fraktionen im Stadtrat und inzwischen auch zwei Zeitungen, die die Spaltung widerspiegeln. Die Gruppe der „Reformer“ gibt weiter das *Dresdner Blatt* heraus, in dem Christine Ostrowski – bekannt vor allem als strikte Befürworterin des WOBA-Verkaufs – das entscheidende Wort spricht. Die sogenannten „Hardliner“ um den Stadtvorsitzenden Muskulus verschicken *Die Linke* als „sozialistische Monatschrift für Dresden“. Die ersten Vergleiche sind möglich. Das Pulverfass, das jetzt explodierte, existierte schon lange vor dem Verkauf der 55 000 WOBA-Wohnungen. Allerdings, dieser Verkauf widersprach besonders eklatant der offiziellen Politik der Linken – und er war aus vielen Gründen unvernünftig und kurzsichtig, wie sich schon jetzt beweist. Erste Mieten wurden trotz Sozialcharta erhöht und Dresdens Haushalt scheint schon jetzt die schwarze Null wieder zu verlieren. Dennoch behauptet mancher der Beteiligten, die Sache sei vorbei. Man könne zur Tagesordnung übergehen. Obwohl die Stellung zum kommunalen Eigentum inzwischen zu Recht eine Prinzipienfrage für die Linken geworden ist. Der Landesgeschäftsführer der Linken, Rico Gebhardt, glaubt, dass der Dresdner Richtungsstreit weit über die Stadt hinaus wirkt. Die Landesvorsitzende der Linken, Cornelia Ernst, sieht die Auseinandersetzungen „als Ausdruck unterschiedlicher Politikauffassungen in Dresden, die zu unterschiedlichen Politikauffassungen in der Kommunalpolitik geführt haben.“ Bisherige Schlichtungsversuche vom Modrow bis Ramelow schlugen fehl. Brie (Ehemann der Dresdner „Reformerin“ Mattern) aber schürte weiter. Ausgerechnet im *Spiegel* verkündete er, die Ablehnung des WOBA-Verkaufs sei „bolshewistische Machtpolitik“. In „ihrem“ *Blatt* führte nun also Christine Ostrowski ein Interview mit dem importierten Ideologen Professor Dr. Werner Patzelt (der schon die Geburtstagsrede zum 10. Jah-

Und wenn linke Vorständler Programm und Statut verletzen?

restag der Dresdner PDS gehalten hatte). Und der erteilte bereitwillig Rat. Ostrowskis Eindruck, wonach sich die Linkspartei „wieder auf strikten Oppositionskurs begibt - und die PDS mit ihrem Gestaltungsanspruch hinter sich lässt“, beantwortete Patzelt mit der Vermutung, dass sich die Reformkräfte bald nicht mehr wohlfühlen werden, „weil nämlich in dieser Partei Ideologie und Protest sehr viel, Realitätsprinzip und Pragmatismus aber recht wenig gelten.“

Ist da etwas missverständlich? Aber woher kommt die von Patzelt nicht gewünschte Entwicklung? Weil der „Westteil der Linken dominieren wird“, also der „Sozial-Systemprotest“, das Sektierertum. Dieses Stichwort ermöglicht Ostrowski, nach „linkem Sektierertum“, zu fahnden. Und da ist Patzelt in seinem Element, denn in seiner Studienzeit hat er „Linkes Sektierertum“ in allen Schattierungen in Überdruß erlebt: „Für eine Partei, die breite Unterstützung haben will, sind Sektierer jedenfalls eine arge Last.“ Ostrowski lässt klugerweise die Frage nach Namen von Sektierern aus. Sie weiß: Um einen Kritiker los zu werden, genügt es, ihn zum Dogmatiker, Sektierer oder Stalinisten zu ernennen. Wie viele der so Denunzierten sind in Dresden seit 1990 über die Klinge gesprungen? Wer untersucht den Schwund in der Parteimitgliedschaft? Ist die Linke dadurch stärker geworden? Waren „Sektierer“ nicht häufig die aktivsten Mitglieder gewe-

sen? Jedenfalls prophezeit Patzelt, dass die Linke die beste Zeit hinter sich habe. Was Ostrowski zur Frage reizt, ob Patzelt das vorausgesehen habe. Nein, aber gesamtdeutsch überrasche ihn die Entwicklung hingegen nicht. Schließlich lässt sich Ostrowski noch einmal bestätigen: „Kommunalpolitik ist der ganz falsche Ort für Fundamentalopposition“.

Als einstige Pionierleiterin und SED-Funktionärin (das Wort liebt sie nicht) sucht Christine Ostrowski jetzt Rat nicht bei ihren Genossen, sondern bei einem Politologen, dessen honorierte Tätigkeit sicherlich nicht in der Unterstützung sozialistischer Politik besteht. Wem nutzt das? Cornelia Ernst nannte kürzlich die aktuellen Umfragewerte für die Linke: In Sachsen 27, in Dresden acht (!) Prozent. Wer darf da jubeln?

Übrigens: Zu den Dokumenten, die ich besitze, gehört ein „Offener Brief an alle Mitglieder der SED/PDS“, den die *Sächsische Zeitung* am 15. Januar 1990 abdruckte. Zu den Unterzeichnern gehörten Bernd Rump und Christine Ostrowski, die in acht Punkten zur „Säuberung“ der Partei aufriefen. Im Punkt 4 wird verlangt, dass es ausgeschlossen sein muss, „dass GenossInnen in Vorstände gewählt werden, die unsere Programmatik nicht tragen und gegen Programm und Statut handeln.“

Galt das nur 1990?

• HORST SCHNEIDER



Die LVZ- gewiss kein Privatisierungsgegner, musste – unter der oben faksimilierten Überschrift – unter anderem einräumen: „Mit großem Tamtam hat sich Dresden voriges Jahr durch den Verkauf der Wohnungsgenossenschaft WOBA entschuldet – als erste deutsche Großstadt überhaupt. Doch die „schwarze Null“ im Haushalt scheint für die Stadtväter und das Rathaus trotz gegenteiliger Schwüre nur schwer zu halten sein ... Der große Aufschrei ging vor einigen Tagen durchs Rathaus an der Elbe. Eine Vorlage von Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) wies ein Defizit von bis zu 6,6 Millionen Euro für dieses Jahr aus.“

LN. „Laptops für alle!“ fordert Julia Bonk, die schulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

Als Antwort auf ihre Kleine Anfrage „Computerausstattung an Schulen I und II“ hatte sie von der Staatsregierung erfahren, dass in Sachsen jeder Schulleiter seinen persönlichen Laptop vom Staat gestellt bekommt, während sich im Durchschnitt an sächsischen Schulen acht Schüler einen Computer teilen müssen. Nur

Ein Computer für acht Schüler

an fünf (!) Schulen kommt statistisch auf einen Schüler ein Computer. Das sich gern als das sächsische Silicon-Valley gebende Dresden trägt die rote Laterne mit durchschnittlich 11 Schülern pro Computer.

Bonk fordert, siehe oben, angesichts der großen Bedeutung neuer Medien in unserer Gesellschaft, vom Kultusministerium, dafür Sorge zu tragen, dass jeder Schülerin und jedem Schüler ein eigener Computer, möglichst ein Laptop, zur Verfügung gestellt wird. Übergangsweise müsse der freie Zugang zu Computern für die Lösung von Haus- und Unterrichtsaufgaben regelmäßig und problemlos möglich sein.

Dies sei um so wichtiger, als die Ausstattung mit Kommunikationstechnik in den Elternhäusern höchst unterschiedlich ist und das öffentliche Bildungssystem Chancengleichheit garantieren muss.

15. November

Dresden: Zwei Dresdner Bürgerinitiativen bereiten ein Bürgerbegehren für den Bau eines Tunnels statt der Waldschlösschenbrücke vor. Die Initiativen „Welterbe Dresdner Elbtal“ und „Elbtunnel Dresden“ erklärten, sie hätten bereits die dafür nötigen 20 000 Unterschriften gesammelt. Eingereicht werden sollen sie erst im Frühjahr 2008. Dann endet die Bindfrist des Bürgerentscheides von 2005. Damals hatte sich eine Mehrheit für den Bau einer Brücke ausgesprochen.

16. November

Bautzen: Der Bund hat eine teilweise Haushaltssperre für die Stiftung der Sorben verhängt. Auf Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages werden 2,6 der insgesamt 7,6 Mio. Euro vorerst nicht vergeben. Der Bundesrechnungshof hatte die Haushaltsführung der Stiftung kritisiert.

17. November

Dresden: In den sächsischen Gebirgen gibt es immer mehr Wander- und Kletterunfälle. Wie der Leiter der Bergwacht, Horna, sagte, wurde die Bergwacht im vergangenen Jahr zu rund 540 Unfällen

SACHSEN-CHRONIK

(15. November bis 26. November)

gerufen. Das seien etwa 50 mehr gewesen als im Jahr 1999. Im gleichen Zeitraum stieg auch die Zahl der Todesopfer in den Bergen. Vor acht Jahren kamen in Sachsens Gebirgen sechs Menschen ums Leben. Im Vorjahr waren es zehn.

18. November

Dresden: Der Leipziger Karikaturist Detlef Beck ist in Dresden mit dem Deutschen Karikaturenpreis 2007 ausgezeichnet worden. Das Thema des diesjährigen Wettbewerbs lautete „Nach uns die Sintflut!“. Gefragt waren Zeichnungen und Karikaturen rund um Klimaschutz und Klimawandel.

Dresden: Im Stadtteil Cossebaude haben Unbekannte einen Fahrkartenautomaten in die Luft gesprengt. Anwohner hörten einen lauten Knall und informierten die Polizei. Durch die Explosion entstand ein Sachschaden von etwa 40 000 Euro.

19. November

Kamenz: Nach Angaben der Polizei sind Unbekannte am Wochenende in eine Mittelschule eingedrungen und haben eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Sie traten Türen ein, zerstörten Computer und andere technische Geräte. Zudem wurden die Feuerlöscher entleert.

20. November

Chemnitz: Eine Kassiererin hat einen bewaffneten und maskierten Täter in die Flucht geschlagen. Der Unbekannte war der Polizei zufolge auf die 47-Jährige zugegangen und hatte mit gezogener Waffe Geld gefordert. Die Frau habe jedoch ihr Handy genommen und angedroht, die Polizei zu rufen. Daraufhin sei der verhinderte Räuber verschwunden.

22. November

Leipzig: Studenten der Uni Leipzig haben die Abberufung des Honorar-

professors Vogt wegen Kontakten in die rechtsextreme Szene gefordert. Der Studentenrat bezeichnete Vogt nach Sichtung der Beweise als nicht mehr haltbar. Vogt soll bei der rechtsextremen ITS-Fraktion im EU-Parlament aufgetreten sein. Zudem hatte er 2004 einen Film über Hitler-Stellvertreter Heß gedreht, der wissenschaftliche Fehler enthalten soll.

23. November

Leipzig: Mit Greifvögeln will sich das Zentralstadion die Tauben vom Halse halten. Auf den Dächern der Sportanlage haben sich rund 50 Tiere eingenistet, die mit ihrem Kot die Stühle beschmutzen.

25. November

Dresden: Nach einer Demonstration durch die Innenstadt bildeten rund 3000 Gegner der Waldschlösschenbrücke an der Frauenkirche ein großes SOS aus Kerzen. Damit sollte gezeigt werden, dass vielen Dresdenern der Verlust des Weltkulturerbe-Titels nicht egal ist. 26.

26. November

Leipzig: Uni zieht Konsequenzen. Der umstrittene Honorarprofessor Vogt wurde abberufen.

Das VI. Kapitel dieses Gesprächsbuches beendet Irmtraud Gutschke sichtlich erleichtert mit der Feststellung: „Bevor wir das Gespräch begonnen haben, hatte ich so eine Befürchtung: Kant ist ziemlich grimmig und verbittert. Der wird hinter seiner Barrikade hocken ...“ Für die nahezu 50 Stunden, die gesprächsweise nötig, waren, um daraus 250 Druckseiten werden zu lassen, konnte Kant seinen Grimm auch deshalb hintanstellen, weil die um einige Jahrzehnte jüngere Frau dem über achtzigjährigen Schriftsteller mit Fragen kam, auf die er bereitwillig antwortete und alsbald sicher sein konnte, dass ihm Sachverstand, Respekt für sein literarisches Werk, aber auch insistierendes Nachfragen begegneten, wenn es um die Politik ging, die Kant in bestimmten Ämtern mit betrieben hat oder aber in sie verwickelt wurde. So konnte sich ein Gesprächsklima herausbilden, von dem der Nach-Leser, auch ohne den Originalton zu hören, in vielerlei Hinsicht profitieren kann, obwohl der hier Befragte schon 1991 in seinem Erinnerungsbuch *Abspann* über Sachverhalte Auskunft gegeben hatte, die, weil sie den Autor auch heute noch beschäftigen, erneut zur Sprache kommen. *Abspann* wählte Kant damals gezielt als Titelwort, weil mit der „Wende“ des Jahres 1989 auch ein Hauptkapitel seines Lebens zu Ende ging – und noch nicht sichtbar – eine neue Erzählphase begann, deren literarische Erträge nicht zufällig ebenfalls mit einem Wort sagen, was „Sache“ ist: *Kormoran* (1994), *Okarina* (2002) und *Kino* (2005). Diese Romane und das Gesprächsbuch *Die Sache und die Sachen* bilden den zeitlich-räumlichen Rahmen und den innerliterarischen Kontext, den Gesprächsraum also, innerhalb dessen dem Befragten Sympathie oder Abneigung vom Leser bezeugt werden kann, nachdem ihm Kant sich und seine Welt erklärt hat. Geschah dies, zeitbedingt, in *Abspann* noch „hinter seiner Barrikade“, so überzeugt er nun mit selbstbewusster Gelassenheit, die im letzten Kapitel mit Altersweisheiten flankiert ist. Und der Leser der hochgezüchteten Romansprache des Autors kann sich nun am natürlichen Redefluss des auch in niederdeutscher Mundart heimischen Erzählers erfreuen. Die Befragung beginnt zunächst fast privat ‚bei Kants Kindheit und Jugend zwischen Hamburg und Parchim mit Porträts von Vater und Mutter, von denen man sich anhand der beigegebenen Fotografien mühelos ein Bild machen kann. Dazu kommen die Geschwister, zu denen der Bruder Uwe gehört, deren Lebenswege sich von denen der beiden Schwestern durch ihre aufsteigende Linie merklich unterscheiden. Was danach in den letzten Kriegswochen und in den langen Jahren der Gefangenschaft in Polen im Leben

„Selbst auf verlorenem Posten kann man für eine edle Sache kämpfen.“

Irmtraud Gutschke 50 Stunden im Gespräch mit Hermann Kant

Kants vor sich ging, erwies sich für den damals Achtzehnjährigen so einschneidend, dass es ihn im Gefolge der S-Kampagne gegen Günter Grass noch immer beschäftigt und bewogen hat, Auskünfte über seine soldatische Erkennungsmarke einzuholen, um erzählend noch einmal auf diese Zeit zurück-

... das Spannungsfeld von Politik und Literatur. Wie konnte man darin leben, es aushalten und sich selbst verwirklichen, das sind die Fragen, die nicht nur Irmtraud Gutschke beantwortet haben möchte.

greifen zu können. Von diesem Zeitpunkt an gleicht Kants Lebensweg in der Tat einer sozialistischen Musterbiographie: Elektriker-Lehre, ABF-Besuch, Germanistikstudium in Berlin, Journalist beim „Neuen Deutschland“ und 1962 dann mit dem Erscheinen des Erzählungsbandes *Ein bisschen Südsee* der Beweis dafür, dass er seine Bestimmung zum Schriftsteller zu verwirklichen begann, der mit dem 1963 erschienenen Roman *Die Aula* alsbald auf die Liste der Preis- und Medaillenträger gesetzt wurde. Mit diesem Buch brachte er die DDR-Literatur der sechziger Jahre zusammen mit namhaften anderen Kolleginnen und Kollegen auf ein Niveau, das auch in der BRD nicht mehr ignoriert werden konnte und Kant auch für Übersetzungen in andere Sprachen reif werden ließ.

Mit dem zweiten Roman *Das Impressum* geriet der Erfolgsautor jedoch schon in das Minenfeld von Administration und Zensur, das ihn eigentlich davor hätte abhalten müssen, worauf er sich in den siebziger Jahren an der Spitze des Schriftstellerverbandes der DDR mehr

übel als wohl einlassen musste: das Spannungsfeld von Politik und Literatur. Wie konnte man darin leben, es aushalten und sich selbst verwirklichen, das sind die Fragen, die nicht nur Irmtraud Gutschke beantwortet haben möchte. Diesem Kapitel hat sie wohl nicht ohne Grund ein Kant-Motto aus *Abspann* vorausgeschickt: „Tatsächlich habe ich manchmal Schwierigkeiten, mein Leben zu glauben. Schon deshalb ist mir das Schreiben nützlich. Ich taste mich zurück zu mir und berühre mich so, dass die Zweifel schwinden.“ Was kann, was soll das heißen? Auf den ersten Blick scheint es mehr als ein Jahrzehnt nach *Abspann* eine einfache Wahrheit zu geben, die diese „Zweifel“ hätten löschen können. Denn als Lebensmaxime, um sich „unangreifbar“ zu machen, galt nach dem 11. Plenum für diesen Schreibbesessenen nun ein Paradoxon: „Wenn ich meine Parteaufgaben erfüllte, was durchaus in meiner Überzeugung lag, entsprach ich einer Pflicht gegenüber meinen Texten. Manches hätte ich anders nicht durchgebracht. Bei mir nahm man es hin unter dem Motto: Es ist für uns wichtig...“

Als späteres ZK-Mitglied und Präsident des Schriftstellerverbandes musste Kant dann freilich begreifen, dass nicht mehr hingenommen wurde, was er zu sagen und zu entscheiden hatte, was aus der „Akte Hermann Kant“ ebenso zu entnehmen ist wie den in diesen Gesprächen noch einmal in Erinnerung gerufenen Manövern im Schriftstellerverband von Berlin und dem der DDR, durch die der Vorsitzende dieses Verbandes zwischen die Fronten geriet: auf der einen Seite die zunehmend auf Distanz zur Kulturpolitik der DDR gehenden kritischen Autoren, unter denen sich auch der mit Kant befreundete Stephan Hermlin befand, auf der anderen Seite jene, die von A (wie Abusch) bis W (Hanna Wolf) standen, die



im Personenregister von Seite 243-254 nachzulesen sind. Allein schon diese Liste macht neugierig auf jene Menschen, denen Hermann Kant in seinen Amtsjahren begegnete und wie er sie sich in Erinnerung ruft: Politiker, um zu demonstrieren, dass „Sachen“ mit Personen zu tun haben; Schriftsteller, um über Nähe oder Ferne zu deren literarischem Werk Auskunft zu geben, also DDR-Literaturgeschichte aus subjektiver Sicht, mal episodisch Beispiele vorführend, mal urteilend und bewertend. Das trifft auch für Kants eigene Werke zu, über die Aufschlussreiches zu erfahren ist. Nicht zuletzt darüber, wie sich einige seiner Kollegen, die er für seine Freunde hielt, nach seinem „Sturz“ zu ihm verhielten, ganz zu schweigen von denen, die juristisch in die Schranken gewiesen werden mussten und Kant auch heute nicht die Hand zur Versöhnung reichen würden wie Gerhard Zwerenz, und es vorgezogen haben, sich auf dem Markt der Bücher zu arrangieren oder sich schweigsam ins politische Abseits begeben haben. Obwohl Kant sein Diktum, wie das zum Büchner-Preis für Reiner Kunze beschämt zurückgenommen hat, hat er von dieser Seite kein Wort der Versöhnung zu erwarten. Das Buch erzählt nicht zuletzt davon, wie Hermann Kant mit diesem Fluch leben gelernt hat.

So konnte Irmtraud Gutschke am Ende eines Dreivierteljahres mit Gesprächen in Kants Wohnsitz Prälank konstatierend schon ins Vorwort schreiben: „Das Vertrauen, das er mir dann entgegenbrachte, war keine Selbstverständlichkeit. Ohne dieses hätte es keinen Interviewband mit ihm gegeben. Es bestimmte den Ton, offene Gedankenräume.“

• KLAUS SCHUMANN

Irmtraud Gutschke: *Hermann Kant – Die Sache mit den Sachen*. Verlag Das Neue Berlin 2007, 224 S., 14,90 Euro

Auch in ihrem zweiten, wiederum im Sax-Verlag Beucha erschienenen Jahrbuch wartet die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft mit einer Fülle neuer Erkenntnisse über Leben und Werk ihrer Namenspatronin auf. Ein erster Schwerpunkt gilt der frauenpolitischen Arbeit Louise Otto-Peters. Thema ist somit der von ihr Mitte der 1860er Jahre initiierte „Allgemeine deutsche Frauenverein“ (AdF) und das davon ausgehende überregionale „Netzwerk“ von persönlichen und inhaltlich-positionsellen Verbindungen sowie Beziehungen zu „anderen Emanzipationebewegungen“ jener Jahrzehnte, u. a. zur Arbeiterbewegung. Zum Zweiten beleuchten einige Darstellungen uns heute noch meist unbekanntere Frauen, denen Louise Otto-Peters in vorausgegangener Zeit, aber schon in frauenemanzipatorischem Interesse, wesentlich verbunden war. Solche Weiterungen, wie in diesen beiden Textgruppen

Ein erstaunliches Netzwerk

Zum Jahrbuch II der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft

sind ein sehr anerkennenswertes und ertragreiches Konzept der Leipziger Louise-Otto-Peters-Forschung, die von der 1993 gegründeten Gesellschaft neu angefacht wurde.

In einem dritten Schwerpunkt sind Beiträge über „Louise als Künstlerin, Kunstkritikerin und Geistes-schaffende“ gewidmet, die sich eben auch mit den „Produktionsbedingungen“ auseinandersetzen – im offiziell angebotenen Bildungs- und Vorstellungskanon jener Zeit ein tabuisiertes Thema.

Ein vierter Schwerpunkt vermittelt vielfaches Tätigwerden, aber auch literarische Arbeiten von August Pe-

ters im erzgebirgischen Raum um Oederan und Freiberg. Einiges mehr als üblich zur Zeit über Robert Blum durch das Gedenkjahr hörend, war ich neugierig, ob und in welcher Weise Louise Otto-Peters und Robert Blum sich begegnet waren. Voila, das Jahrbuch informiert mich in verschiedenen Zusammenhängen darüber.

Nicht nur mit vielen, vielen Frauen, über ganz Deutschland verstreut, sondern auch mit vielen Ehepaaren aus dem sogenannten Bildungsbürgertum verbanden Louise Otto-Peters künstlerische oder politische Interessen, Korrespondenz, Zusammenarbeit und/oder Freundschaft. Berühmte Namen wie Robert Blum, Robert Schumann oder August Bebel gehören dazu. Namen wie Johanna Goldschmidt, Eugenie Blum oder Marianne Menzzer, aber auch Franz Brendel und Eduard Vehse können wir nun kennenlernen...

• CHRISTEL HARTINGER

Keine neuen Vaniceks, Hrdlitschkas und Wasytkis?

Für viele von uns ist Österreich ein schönes Reiseziel. Nicht zufällig – die schöne Landschaft, die freundlichen Menschen. Damit kann man Geld verdienen. Schon das gebietet Gastfreundschaft, sie kommt aber auch vom Herzen. Das wird jede und jeder bestätigen, die im Lande waren.

Nicht alle Fremden, die nach Österreich kommen, sind aber als Gäste herzlich willkommen. Wer Schutz sucht und Asyl wird oft so behandelt, wie die Herberge suchenden Josef und Maria – „so geht nur fort, ihr kommt nicht rein“ (Text aus einem alten Lied, mit dem vor Weihnachten die vergebliche Quartiersuche von Josef und Maria dargestellt wird) oder, wer schon drin ist, soll wieder raus. Da helfen auch kein Katholizismus und kein Brauchtum. Oder doch?

Jüngst begab sich Merkwürdiges. Der Innenminister wollte Härte und Gesetzestreue demonstrieren. Letztere verlangt in Österreich in Asylfragen durchaus Ersteres. Die Rechts-Parteien FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und BZÖ (Bündnis für die Zukunft Österreichs – eine Abspaltung aus der FPÖ mit deren ehemaligem Vorsitzenden Jörg Haider an der Spitze) sollten nicht länger Futter für ihre fremdenfeindlichen Parolen und entsprechende Angriffe auf die Regierungskoalition von SPD (Sozialdemokraten) und ÖVP (Österreichische Volkspartei, die sich vornehmlich auf katholisch-christliche Traditionen und Werte beruft) haben. Plötzlich wollten es aber das Volk und die Medien anders. Ein junges, vierzehnjähriges Mädchen aus dem Kosovo – seit sechs Jahren in Österreich lebend – brachte Unglaubliches zuwege: Sie versteckte sich vor der Abschiebung, der Vater und

Geschwister leider nicht entrichten konnten, und drohte mit Selbstmord. Plötzlich war die öffentliche Sympathie auf ihrer Seite. Sie kehrte geschützt durch diese und einen katholischen Priester, der sie zunächst versteckt hielt, in die Öffentlichkeit zurück. Sie sprach mit Landeshauptmann und Innenminister und saß kurz darauf, von ihren Schulkameradinnen und -kameraden freudig begrüßt, wieder auf der Schulbank. Dies alles immer im Blitzlichtgewitter der Medien, ja selbst mit offener Sympathie begleitet durch die bis dato ausgesprochen ausländerunfreundliche *Kronen-Zeitung* und ihre Leserbriefschreiberinnen und -schreiber. Sie war nicht nur sympathisch und hübsch, sie sprach sogar oberösterreichischen Dialekt.

Die Sache hat zwei Seiten: Der Fall hat eine Diskussion entfacht, die nun höchststrichterlich festgestellt einen neuen, menschlicheren Umgang mit Asylbewerberinnen zur Folge hat: Es gilt bei der allfälligen Gewährung eines Bleiberechts ab sofort das Prinzip der „Gesamtbetrachtung“ der Umstände und keine kalte Rechtsaus-



Berge, Wasser, Wandern – das ist nicht das ganze Österreich

legung. Hoffen muss man weiter, dass das Ergebnis dieser „Gesamtbetrachtung“ zukünftig nicht sozusagen „der Einfachheit halber“ vornehmlich der medial bearbeiteten öffentlichen Meinung folgt. Damit fiele man noch hinter die hintersten Asylgesetze zurück und Barnabas wäre vielleicht schnell gegen Jesus getauscht.

Wenn Sie, verehrte Leserinnen und Leser, einmal nach Wien kommen sollten, dann schmökern Sie doch im Telefonbuch und sie werden staunen über die durchaus schon alteingesessenen Vaniceks und Vaneks, Hajeks, Hrdlitschkas und Wasytkis. Als sie kamen, ist lange her. Sie suchten Arbeit und Wohlstand. Warum sollte das heute verboten sein?

• PETER PORSCH

Peter Porsch:

Vor noch nicht allzu langer Zeit meinte der österreichische Kabarettist Alfred Dorfer im *Scheibenwischer*, die deutsche Einheit würde sich in Österreich vollziehen, wenn in den Hotels und Gaststätten ostdeutsches Bedienungspersonal westdeutschen Touristen serviert. Nun, die Sache ist perfekt: „Sächsisch statt Steirisch in den Skihütten“ titelte die *Grazer „Kronen-Zeitung“* am 14. November auf Seite 14. „Waren die Gäste vor einigen Jahren noch skeptisch gegenüber deutschen Kellnern in Lederhosen und dem Dialekt, den man von einem Barkeeper in 2000 Meter Höhe nicht erwarten würde, eingestellt, so hat man sich in den heimischen Skioroten mittlerweile an diese Gastarbeiter gewöhnt.“ Deutschland ist derzeit die größte Zuwanderernation in Österreich (9076 im vergangenen

Vollendet sich die deutsche Einheit tatsächlich in Österreich?

Jahr) und die meisten der Jobsuchenden stammen nach wie vor aus dem Osten, liest man in der gleichen Ausgabe der „*Kronen-Zeitung*“. Natürlich fallen darunter nicht die Generaldirektoren, wohl aber mehr als 5500 Köche und Kellner. Der Job sei allen gegönnt. Als EU-Bürgerinnen und -Bürger müssen sie sich in ihrem Gastland vor den Ausländerbehörden nicht verstecken – anders als Menschen aus früheren k.u.k. Kronländern. Vielleicht kehren sie eines Tages als freundliche Gastronomen nach Sachsen zurück und sprechen und kochen steirisch in der Sächsischen Schweiz oder im Erzgebirge. Mit den Landesfarben sollte es kein Problem geben. Sie sind in beiden Ländern weiß-grün. Und rot haben zumindest in der Landeshauptstadt Graz bei den letzten Gemeinderatswahlen fast genau so viele gewählt wie im Land Sachsen bei den letzten Landtagswahlen: über 20 Prozent. Am 20. Januar 2008 wird wieder gewählt und ich hoffe immer noch, dass Oskar Lafontaine meiner Bitte nachkommen kann, auch in Graz Wahlkampf für die Linken, die KPÖ, zu machen – als deutscher Gastarbeiter wenigstens für einen Tag.

RENE A. NITSCHKE aus Berlin erhält regelmäßig Post von einer langjährigen Freundin aus Ungarn, mit beunruhigenden Details zur aktuellen gesellschaftlichen Situation in dem ehemaligen Ostblock-Vorzeigestaat. Er stellt LN Auszüge aus drei Briefen zur Verfügung, „weil“, wie er schreibt, „die tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Zustände in Ungarn hierzulande in Deutschland publizistisch gänzlich unreflektiert bleiben. Ich denke, dass persönliche Erfahrungen mit einer als ungerecht empfundenen politischen Situation eigentlich ebenso wichtig sind wie eine abstrakte wissenschaftliche Analyse. Es ist offensichtlich, dass es keine angemessene Berichterstattung über Osteuropa in den Massenmedien hierzulande gab und gibt. Dafür gibt es reichlich Berichte, die den Unmut in der Bevölkerung (in Ungarn wie in Polen, Tschechien etc.) aufgrund der dortigen wirtschaftsliberalen und neokolonialen Situation (auch durch das EU-Beitrittsverfahren erzwungen), verhöhnern und die Forderung nach Berücksichtigung der legitimen menschlichen Bedürfnisse als ‚Populismus‘ abwerten.“

Budapest im März 2007

Das Elend greift jetzt um sich, viele Leute können keine Medikamente bekommen, denn die Preise dafür sind extrem gestiegen und die Arzt-Verschreibungen kosten extra Geld. Viele haben nicht einmal einen Euro dafür übrig. Schulen werden geschlossen, allein 20 000 Lehrer werden entlassen. Es ist unbeschreiblich das Ganze, außer den zentralen Krankenhäusern sind alle gefährdet, mehr als die Hälfte der bisherigen Krankenhäuser werden geschlossen. Die Gewerkschaften sind angeschmiert, alle Initiativen eingedämmt. Die Widersacher gelten als staatsfeindliche Verbrecher. Die Leute wagen jetzt nicht mehr zu

Post aus Ungarn

„Ja, soviel über unsere Zukunft ...“

demonstrieren, denn mehrere Hundert wurden am 23. Oktober 2006 (dem 50. Jahrestag des Aufstandes von 1956 – RN) verhaftet, die seitdem nicht wieder auf freien Fuß sind.

Budapest, 8. August 2007

Schreckliche Dinge gehen vor, so genannte Reformen werden so rasch wie möglich durchgezogen. Die Folgen sind verheerend. Sowohl im Gesundheitswesen als auch im Bildungswesen. Viele Leute sterben, weil sie gar keine Behandlung bekommen, meine Tante ist seit einem halben Jahr im Krankenhaus, sie hat Krebs, aber erst vor zwei Wochen hat sie die erste Behandlung gekriegt. Die Ärzte warten ab, bis sie endlich stirbt. Sie versuchen das zu Verfügung stehende Geld auf Patienten zu verteilen, die mehr Chancen haben. Sie sind gezwungen, unter den Patienten zu wählen. Und überall Korruption. Meine Freundin, bei der seit einer Woche Multiple Sklerose diagnostiziert wurde, ist in sehr schlechtem Zustand ... Die Ärzte vernachlässigen sie, weil sie keine Protektion hat. Ihre Eltern leiden unter finanziellen Schwierigkeiten. ... Sie ist völlig verzweifelt, weiß nicht was für Pillen sie bekommt, warum sich ihr Zustand immer mehr verschlechtert ... Natürlich gibt es auch die „Extra“-Kranken, die in Zweibettzimmern gelegt werden und eine sorgfältige Behandlung bekom-

men. Alle wissen es, aber für die „normalen“ Kranken ist diese Demütigung eine ganz normale Situation, sie wagen sich nicht zu beklagen, weil sie fürchten, dass ihnen noch weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wir haben uns meilenweit von den aufklärerischen Idealen des 18. Jahrhunderts entfernt ...

Jetzt ist es schon ganz eindeutig, dass Ungarn eine US-amerikanische Kolonie geworden ist. Es ist leider keine Übertreibung.... Vor einigen Monaten war es nicht einmal für uns klar, jetzt aber werden Berichte, Erinnerungen von Leuten publiziert, die während des Systemwechsels 1989/90 in der Partei in führenden Positionen standen. Sie geben jetzt zu, dass schon damals die amerikanische Wirtschaftslobby vieles gesteuert hat.

Budapest, 18. Oktober 2007

Die gesellschaftliche Lage ist sehr angespannt. Alle persönlichen Gespräche drehen sich um Politik, die bankrotte Wirtschaft und die drohende Staatspleite....

Jetzt kommen die Volkabstimmungen, wo sich die Bevölkerung auf Initiative der Fidesz-Opposition über Studiengebühren, Privatisierung des Krankenkassensystems, Verkauf der Krankenhäuser etc. entscheiden kann. Es ist unsere letzte Chance. Wenn Studiengebühren eingeführt werden, 410 Euro proSemester – ein Monatslohn –, dann können die meisten Jugendlichen das Studium vergessen. Da können nur die Reichen studieren. Auch die Unis auf dem Land werden dann geschlossen. Man braucht nur eine Uni in Budapest (ein seit langem hegelter Plan der neoliberalen Elite) und die MULTIS brauchen keine Intellektuellen, nur Sklaven, die als dressierte Arbeiter ihnen völlig ausgeliefert für einen jämmerlichen Lohn allerlei Arbeiten verrichten. ... Ja, soviel über unsere Zukunft. ...

Mit 13 das Gretchen auswendig gelernt

Die Grand Dame des Leipziger Schauspiels Christa Gottschalk wird 80

So einen Tag kann man nicht übersehen, selbst wenn man es vielleicht möchte. Dieser 80. Geburtstag wird begangen, vor aller Augen und Ohren. Gerade dann, wenn man Jahrzehnte seines Lebens auf den Brettern, die für viele die Welt bedeuten, stand und noch steht. Für Christa Gottschalk, dem Ehrenmitglied des Leipziger Schauspiels, wird es am 2. Dezember eine Matinee geben. Zum Theaterleben gehören Überraschungen, die Kollegen werden da einiges vorbereiten. Soweit bekannt, wird sie an ihrem Geburtstag Kurt Tucholsky lesen.

Der Blick zurück

Anfang Dezember 1927 wurde sie in Dessau geboren. Ihr späteres Abitur an der dortigen Mädchenschule fällt mit dem geschichtsträchtigen Jahr 1945 zusammen. Es folgte in den Nachkriegswirren das Studium an der Leipziger Hochschule für Musik, Fach Schauspiel, das sie 1948 mit dem Examen abschloss. Ihr erstes Engagement erhielt sie am hiesigen Schauspielhaus. 1951 zog es sie ans Nationaltheater Weimar, später folgte das Deutsche Theater Berlin und seit 1958 wieder das Schauspielhaus Leipzig, das sie 1997 zum Ehrenmitglied benannte. Soweit einige Lebensdaten im Schnelldurchlauf.

Christa Gottschalk spielte am Schauspiel Leipzig die großen Frauenrollen des Weltrepertoires – bis hin zu ihrer Abschiedsinszenierung am Haus, das war in Becketts „Glückliche Tage.“ Der Regisseur war damals Wolfgang Engel – der ihr jetzt während der Matinee ebenso gratulieren wird wie die langjährigen Weggefährten aus dem Ensemble. Man müsste da die Besetzungslisten jener Jahre komplett veröffentlichen. Die Theaterfotografen Helga Wallmüller und Rolf Arnold präsentieren derzeit im Parkettfoyer eine Ausstellung mit Inszenierungsfotos.

Es stimmt, mit 13 hatte das schlanke hochaufgeschossene junge Mädchen das Gretchen auswendig gelernt, sieben Jahre später, nach zweijährigem Schauspielstudium in Leipzig stand die inzwischen Ausgebildete mit dieser Traumrolle – noch alternierend – hier auf der Bühne.

Hauptrollen im Theater

Bevor sie nach Leipzig zurückkehrte war sie am Deutschen Theater in Berlin noch

in Shakespeares „König Lear“ und in Hauptmanns „Vor Sonnenuntergang“ zu sehen.

„Wer im Schauspielhaus oder in den Kammerspielen der Messestadt eine Klassiker-Inszenierung besucht, der kann nahezu gewiss sein, in einer Hauptrolle Christa Gottschalk zu erleben. – als die Stuart, die Eboli oder die Iphigenie...“ so schrieb der Leipziger Kulturjournalist Hans Dieter Tok 1970 in einer umfangreichen Edition des Henschelverlages.

Auch meine ersten Leipziger Theaterbesuche reichen in jene Jahre und ob ich wollte oder nicht, sie wurden über Jahrzehnte hinweg gerade auch durch diese Schauspielerin nachhaltig geprägt. Das begann mit der Jenny in der „Dreigroschenoper“, eine Aufgabe, die sie einmal „als Erholung und Ausprobieren anderer Mittel“ bezeichnete. Es folgte mein erster recht phantasievoller „Sommernachts Traum“ mit ihr und Ungezähltes mehr, bis hin zu jenem riesigen Sandberg in den 90er Jahren, den der damals neu engagierte Schauspiel-Intendant Wolfgang Engel in seiner Inszenierung aufschütten ließ. Und die Gottschalk steckte mittendrin. Das waren Samuel Becketts „Glückliche Tage“ und ihr gleichzeitiger Abschied aus diesem Haus, dem die Ehrenmitgliedschaft folgte.

Nebenrollen im Film

Es blieb ein ungeschriebenes Gesetz, für die DEFA waren die großen Leipziger Charaktere zu weit weg von den Filmkameras. Das galt sowohl für die Poolmann als auch für die Gottschalk. Wobei gerade in den 50er Jahren gab es auch Ausnahmen. Es begann 1956 mit einer ersten kleinen Rolle in Slatan Dudows „Hauptmann von Köln“. In Christa Gottschalks Berliner Zeit fällt auch eine dankbare Aufgabe bei Konrad Wolf, in dem DEFA-Klassiker „Lissy“ an der Seite von Sonja Sutter.

Persönlich außerordentlich tragisch endet 1957 ein Engagement für den DEFA-Film „Reifender Sommer“. Christa Gottschalk spielt darin eine Hauptrolle an der Seite Willy A. Kleinaus. Der kann diesen Film nicht beenden, denn er stirbt kurz vor seinem 50. Geburtstag am 18. Oktober 1957 bei Merseburg an den Folgen eines Autounfalls. Dieser wunderbare noch heute unvergessene Charakterdar-



Christa Gottschalk (rechts) als Maria Stuart

Foto: Helga Wallmüller 1968

steller war zu jener Zeit Christa Gottschalks Lebenspartner.

Die Vielseitigkeit in Person

Früher war es meist das Haus in der Bosestraße, heute gibt es die unterschiedlichsten Möglichkeiten dieser Schauspielerin zu begegnen.

Im Gohliser Schlösschen, im Bosehaus, im Bachsaal, in der alten Handelsbörse, im Goethehaus Weimar, in der Stadtbibliothek, im Gustav-Heinemann-Haus Bonn, in Kassel und in Emden. Mit Literatur von Goethe, Thomas Mann, Heinrich Böll, Romain Rolland, A. de St. Exupéry, Tucholsky, Maxie Wander, Marie v. Ebner-Eschenbach, mit jüdischer Lyrik u. v. a. m. Benefizlesungen für das Gohliser Schlösschen und die Ephraim-

Carlebach-Stiftung oder Auftritte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Harckortstraße. 1997 moderierte Christa Gottschalk die UNICEF-Gala im Gewandhaus. Jüngst unterstützte die Schauspielerin ein Projekt des Schulmuseums, welches sich auf jüdische Spuren in Leipzig begab. Genug dieser Aufzählung von Fleiß und Rastlosigkeit. Aber sie deutet etwas Schönes an, die Grand Damen des Schauspiels sind offenbar unermüdet. Dazu zähle ich auch Inge Keller (Jahrgang 1923), Gisela May (Jahrgang 1924) und als Jüngste in dieser Runde Christa Gottschalk (Jahrgang 1927).

Alle mögen noch lange für uns da sein. Dank für Gesehenes, Gehörtes und Erlebtes.

• MICHAEL ZOCK

Eberle als Leopold Mozart

Einen ebenso vergnüglichen wie gehaltvollen Abend bereitete Friedhelm Eberle im Kellertheater mit der fiktiven Beichte des Leopold Mozart von Robert Mieth. In einer plötzlichen Angstanwandlung, sein Sohn könnte vor ihm sterben, reflektiert Leopold vor seinem (selbstverständlich nicht anwesenden) Beichtvater Bullinger über sein kompliziertes Verhältnis zum berühmten Sohn, begründet seine Bemühungen um das Wunderkind und den Wundermann, bereut, wirbt vor allem um Verständnis.

Im Kostüm Leopolds an einem Tisch sitzend, gestaltet Eberle diesen geistreichen Text mit seiner an Nuancen schier unerschöpflichen Sprach- und Schauspielkunst. Atempausen füllen Kathrin Göring (Mezzosopran), Hans-Georg Kluge (Klavier), Jürgen Rossberg (Fagott) und Stefan Münster (Violoncello) mit Musik des Wolfgang Amadeus. Dieser bisher nur vor einem Jahr gestaltete Abend könnte ein Magnet im Kellertheater werden. Warum zögert die Opernleitung mit Ansetzungen? • W. W.

Konzert-Kritik kurz

In der zweiten November-Hälfte zwei ausverkaufte Gewandhausabende mit Bachs Brandenburgischen Konzerten unter Leitung Riccardo Chaillys. Für den Dirigenten und auch für die Gewandhausmusiker war das eine Premiere, denn in den vergangenen Jahrzehnten waren diese Aufführungen Sache des Bachorchesters und des Neuen Bachischen Collegiums musicum.

Chailly zeigte dabei keinen Ehrgeiz, mit gänzlich anderen Auffassungen aufzuwarten, sondern begab sich auf den vom „Neuen Bachischen“ unter Max Pommer vor knapp 30 Jahren eingeschlagenen Weg, mit dem heutigen Instrumentarium nach den Prinzipien der historischen Aufführungspraxis zu musizieren. Diese

damals erst anzueignenden Prinzipien kann aber die jetzige Generation sozusagen fast spielend übernehmen.

So wurde gelöst musiziert, waren im spieltechnisch höchst anspruchsvollem zweiten Konzert die Klangverhältnisse zwischen den vier hervorragenden Gewandhausmusikern, Julian Sommerhalder (Trompete), Cornelia Grohmann (Traversflöte), Henrik Wahlgren (Oboe) und Sebastian Breuninger (Violine) ausgewogen, als sei das die selbstverständlichste Sache der Musikwelt. Chailly vermied zu schnelle Tempi, wenn auch im sechsten Konzert für Bratschen, Gamben, Violoncello und Basso continuo noch etwas mehr Ruhe der rhythmischen Klarheit zugute kommen würde. Es waren zwei mit viel Beifall aufgenommene

Konzertabende.

In der Edvard-Grieg-Gedenk- und Begegnungsstätte im einstigen Peters-Verlagshaus wurden während eines bewegenden Klavierkonzertes Musik- und Schriftdokumente des norwegischen Meisters vorgestellt, die das Ehepaar Ektvedt übergeben hatte. Neben dem norwegischen Pianisten Rune Alver, der das letzte Heft der Lyrischen Stücke und die norwegischen Bauerntänze op. 72 denkbar ausdrucksstark spielte, beeindruckte Inger Johanne Ektvedt als erstaunlich leistungsfähige Amateurpianistin in vierhändigen Stücken Edvard Griegs. Als Vorsitzende des Grieg-Vereins vermittelte Hella Brock interessante Hintergründe zu den Werken des Meisters.

• W. W.

Wagners „Rienzi“ politisch fehlgedeutet

Eine widersprüchliche Inszenierung im neuen Leipziger Opernhaus

Richard Wagners 1842 in Dresden mit sensationellem Erfolg uraufgeführte Oper „Rienzi“ gehört auch in der Geburtsstadt des Komponisten zu den Seltenheiten. Doch nun erhielt sie nach der sorgsam restaurierten Zuschauer- raumes den Vorzug der mit Jubel aufgenommenen ersten Neuinszenierung.

Von **WERNER WOLF**

Der Jubel galt allerdings nur der zündenden musikalischen Wiedergabe und der Musik selber. Die Premierenbesucher zeigten sich nicht nur von Wagners späterer Geringschätzung des Werkes unbeeinflusst, sondern waren vom Elan, von der jugendlichen Kraft der Musik begeistert. Zu dieser dramatisch bewegten Musik inspirierte Wagner die historische, von ihm idealisierte Gestalt des Rienzi, die in Edward Bulwers gleichnamigen Roman beschrieben wird. Der Wagnersche Rienzi will nach seiner unblutigen, vom päpstlichen Legaten zunächst unterstützten Übernahme der Regierungsgewalt im chaotisch zerrütteten Rom des Jahres 1347 und darüber hinaus in ganz Italien eine freiheitliche und friedliche Ordnung ohne Standesschranken mit gleichen Rechten für alle Bürger errichten. Er verzeiht allen Gegnern, selbst nach einem heimtückischen Mordanschlag. Im weiteren zeigt Wagner, mit welcher Gewalt und Demagogie sich der Adel insgeheim widersetzt, Krieg beginnt, die Volksmas-

sen verwirrt und Rienzi mit Hilfe der Kirche töten lässt. Was Wagner hier warnend vorführt, geschah bald in ähnlicher Weise während der Revolution von 1848/49 und trieb ihn als steckbrieflich verfolgten Teilnehmer am Dresdener Mai-Aufstand 1849 ins Schweizer Exil.

In seiner „Mitteilung an meine Freunde“ betonte Wagner 1851: „...dieser Rienzi mit seinem großen Gedanken im Kopfe und im Herzen, unter einer Umgebung der Rohheit und Gemeinheit, machte mir ... alle Nerven vor sympathischer Liebeserregung erzittern Der Stoff begeisterte mich wirklich, und nichts fügte ich meinem Entwurfe ein, was nicht eine unmittelbare Beziehung zu dem Boden dieser Begeisterung hatte.“

Um diese Begeisterung zum musikalischen Ereignis werden zu lassen, bedarf es großer Stimmen, eines großen Chores und eines großartigen Orchesters. Und dies kann Leipzig bieten. Mit Stefan Vinke besitzt die Oper Leipzig einen kraftvollen Wagner-Tenor, der stimmlichen Glanz und lyrische Innigkeit verströmt. Obwohl die umfangreiche Partie den Sänger durchweg arg strapaziert, vermag Stefan Vinke im fünften Akt das Gebiet Rienzis noch eindringlich und verinnerlicht zu gestalten. In der ebenfalls anspruchsvollen Partie von Rienzis Schwester Irene kann Marika Schönberg in Leipzig zum ersten Mal ihr Können allseitig, in jeder Hinsicht beweisen. Für die (Beethovens Fidelio und Bellinis Romeo nachgebildete) Hosenrolle des Irene lie-

benden Adriano wurde mit Elena Zhidkova ebenfalls eine Sängerin von Format und großer Ausstrahlung gewonnen.

Sören Eckhoff hat den stattlichen Opernchor und die Damen des Jugendchores gründlich vorbereitet, so dass sie Axel Kober, seit Beginn der Spielzeit Musikdirektor und Stellvertreter des Chefdirigenten Riccardo Chailly, zu imponierenden Leistungen führen kann. Das Gewandhausorchester ist ein Klangkörper, der unter Leitung Axel Kobers den Reichtum der „Rienzi“-Partitur aufblühen lässt. Dieses hohe musikalische Niveau erreicht die Regie des Franzosen Nicolas Joel (ein weiteres Fehlengagement des beurlaubten Intendanten Henri Maier) auch nicht annähernd. Der immer wieder geforderte Chor darf sich meistens wie ein Gesangsverein aufstellen und ins Parkett schmettern. Und auch Stefan Vinke singt, oft auf dem Souffleurkasten stehend, ganz unmittelbar dem Publikum zu, dabei stets von zwei Schlapphüten umgeben. Ausgesprochen dilettantisch wird der festliche zweite Akt vorgeführt. Das steht im Halbbrund nur eine Stuhlleihe auf der Bühne. Auf ihr sitzen, wie Rienzi im Frack, die Senatoren. Die Bürger (in grauen und schwarzen Gewändern) und auch die Verschwörer kommen nur dazu, wenn sie zu singen haben.

Dazu überraschte Nicolas Joel die Leser des Opernjournals „Rampenlicht“ mit der Wagners Absicht völlig entgegen gesetzten Erklärung: „Rienzi ist

ein echter Demagoge, einer der das Volk aufhetzt. Der will nicht dem Volk helfen, sondern nur die absolute Macht an sich reißen. Er steht in einer Reihe mit Lenin, Hitler und Mussolini“. Entweder hat er keine Ahnung von Wagners Absichten oder er verkauft die Leipziger für dumm. Denn als Demagogen kennzeichnete Wagner die Adelsvertreter und den Legaten. Zum Glück ist Stefan Vinke ein viel zu freundlicher Mensch, um Joels politischen Unsinn glaubhaft darzustellen. Wenig erfreulich auch die Bühnen- und Kostümgestaltung Andreas Reinhardts. Vielerorts übliche graue Wände. Gegen Ende zieren etwa ein Meter hohe Spielzeugbauten berühmter römischer Gebäude die Bühne. Die Kostüme der beiden verfeindeten Adelsgruppen auch grau und schwarz, nur etwas besser betucht das Volk und die Senatoren wie schon gesagt. Die Schlapphutkostüme für Rienzis Gefährten Baroncelli (Martin Petzold) und Cecco del Vecchio (Tomas Oertel-Gormanns) wirken nivellierend. Auch das Profil der Adelsanführer (Pavel Kudinov als Colonna und Jürgen Kurth als Orsini) wird von den Kostümen kaum geschärft. Neben Rienzi, zuerst in weißem Gewand, dann mit silberner Rüstung, darf einzig der Legat (Christopher Robertson) im Kardinalskostüm glänzen. Etliche Besucher meinten, wir machen einfach die Augen zu, da können wir uns auf Text und Musik konzentrieren. Zudem: Der fast vollständig eingblendete Text macht entgegen der Regie klar, dass Rienzi ein Volkstribun ist.

Phantasievoll und verwirrend Körpertheater aus Italien

Euro-scene - das 17. Festival zeitgenössischen Theaters hat, trotz des widersprüchlichen Mottos „Spaltungen“, der europäischen Einheit in der kulturellen Vielfalt gehuldigt. Denn die Lesarten, die Ausdrucksmöglichkeiten, die Spannungen ergeben ein variantenreiches Stimmungsbild aktueller Entwicklungen.



Die Häutung als Beginn der Emanzipation? Oder der Anfang vom Ende der Freiheit?
Foto: euro-scene

Zu den Glanzpunkten gehört das Körpertheater der italienischen Societas Raffaello Sanzio. Romeo Castellucci, künstlerischer Leiter der Compagnie, bringt mit „Hey girl!“ in der spröden Atmosphäre der Leipziger Peterskirche eine Mischung aus einsamen Tanz, derben Klangteppich und projektierten Wortfeuerwerken auf die Bühne. Wie entstehen Rollenbilder? Die Frau auf der Bühne streift ihre Hülle, ihren Schutz ab. Sie zweifelt, soll sie das Schwert greifen, soll sie kämpfen? Sie ist Messalina, Maria Stuart, Katharina von Russland. Später werden ihr die Botschaften der Moderne mit Laser eingebrannt. Die Statisten, die zum Schluss die Peterskirche entern, stehen für uns alle, die schweigende Zeugen des Prozesses geworden sind. Die Compagnie ist eine italienische Stimme voller Phantasie und Verwirrung im europäischen Chor. Vielleicht ist sie 2008 wieder in Leipzig. Zu wünschen wäre es.

• D. M.

Berauschend und ernüchternd Sprechtheater aus Halle

Wer der Goethe-Abstinenz des Leipziger Schauspiels entfliehen möchte, dem sei die Nachbarstadt Halle empfohlen. Das Neue Theater, ehemals Sodanns Revier, bot jetzt zur Einweihung des großen Saales unter saniertem

Faust (Jörg Lichtenstein) und der Höllenbeamte (Hilmar Eichhorn)
Foto: nt-Halle



Dach seinen „Faust“. Der erste Teil der „ernsten Scherze“ wird vom Intendanten Christoph Werner mit einer inspirierenden Botschaft inszeniert. Die Figuren werden aufgespalten, im Wechselgesang ihrer Verse wird klar: Nicht nur im Faust wohnen zwei Seelen, nein, auch im Direktor, in der lustigen Person, im Dichter und nicht zuletzt im Gretchen.

Als alter ego wird ihnen eine große Puppe an die Seite gegeben. Sie widerstreben ihrem Menschen-Ich, um zugleich sich bitter zu fügen. Nützlich erscheinende der zwar nicht neue, aber passende Einfall, sich aus Goethes derben Walpurgisnacht-Sack zu bedie-

nen, um zugleich ernüchtert zur Erkenntnis zu erlangen, dass man sich an Illusionen berauscht hat. Jörg Lichtensteins Faust ist ausgebrannt, nervös. Er zittert, deklamiert in abgebrochenen Sätzen und scheut vor dem

Vollenden. Sein Faust wartet auf das vermeintlich attraktive Angebot Mephistos, um langsam zum Leben, zur kindlichen Naivität zurück zu kehren. Wie er im

Regen der Verjüngung planscht und verliebt reife Kirschen vom Baum pflückt und (ver)nascht!

Dagegen setzt Hilmar Eichhorn, den pedantischen Höllenfürsten. Der schiebt Dienst nach Vorschrift, ein Beamter Luzifers, korrekt im Frack. Entgegen dem Trend wird hier kein ironisches Mephisto - Stück geliefert. Das Gretchen von Sylvia Pendzik tritt bis zur Schlusszene als Puppe auf. Soll ihre Befreiung, ihre Vermenschlichung im Kerker stattfinden? Jedenfalls ist dem Neuen Theater zu dieser erfrischenden Faust - Deutung zu gratulieren.

• D. M.

Rückblicke Ansichten aus Leipzig

Durch Konsequenz und Themenfülle – ersichtlich aus seinen Arbeiten – gehört Norbert Vogel zu den interessantesten Fotografen. Ihn fasziniert der Mensch mit seinen politischen, sozialen Bezügen. Reportage, Montage, Collage und Landschaften sind Vogels Metier. Proportion, Maßhaltigkeit und Komposition zeichnen seine schwarz-weißen Bilder aus.



Leipziger Könnertitzbrücke

Viel scheint aufgenommen im trüben November. Leipziger Betrachter werden ihre Freude am Wiedererkennen bestimmter, inzwischen verloren gegangener Stadtbilder haben. Sie wirken unverfälscht, fern jeder Nostalgie. Norbert Vogel, seit 1970 freischaffend, bestimmte mit seinen Aufnahmen auch das Profil der bekannten DDR-Zeitschrift „Deine Gesundheit“.

Bis 6. Januar im Stadtgeschichtlichen Museum bei freiem Eintritt.
• H. G.

Friedrich Ebert, der am 28. Februar 1925 im Alter von nur 54 Jahren verstarb, ist die hochgeehrte Persönlichkeit der deutschen Sozialdemokratie. Bereits zwei Tage nach seinem Tod rief der Parteivorstand der SPD eine Stiftung mit seinem Namen ins Leben, die, so der Gründungszweck, jungen befähigten Arbeiterkindern mit Beihilfen das Studium ermöglichen sollte. 1933 von den Nazis zerschlagen, wurde sie bereits wenige Monate nach der Befreiung vom Faschismus wiedergegründet und ist heute eine vielseitige Förderungs- und Bildungsinstitution. Des weiteren entstand im Dezember 1986 mit Inkrafttreten eines vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetzes die „Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte“ mit Sitz in seiner Geburtsstadt Heidelberg. Beide Stiftungen haben die von Walter Mühlhausen verfasste erste in sich geschlossene Biografie Friedrich Eberts gemeinsam herausgegeben. Der außerordentlich umfangreiche Band, vom Autor zurückhaltend als Studie (!) bezeichnet, stellt das Wirken Friedrich Eberts als Reichspräsident in den Mittelpunkt. Diese Leistung des Verfassers, der nicht die mit der Persönlichkeit Friedrich Eberts verbundenen biographischen Schwierigkeiten verhehlt, verdient trotz mancher kritischer Beurteilung Respekt. Wenn auch die herausgebenden Stiftungen betonen, dass Friedrich Ebert als „Wegweiser der parla-

mentarischen Demokratie und als erstes demokratisches Staatsoberhaupt seinen festen Platz in der deutschen Geschichte“ hat und „seine Politik und Amtsverständnis auch für nachrückende Generationen Maßstäbe“ setze, so ist dennoch bis heute die zum Teil fundamentale Kritik an ihm, dem Nachfolger August Bebels, unüberhörbar.

Der Autor geht ihr nicht aus dem Wege, ohne sie jedoch in jeder Hinsicht zu hinterfragen. So bleibt beispielsweise die Rolle Friedrich Eberts während des ersten Weltkrieges und in der Novemberrevolution 1918 stark unterbelichtet. Noch im Oktober 1918 drängte er gegen Widerstände in den eigenen Reihen seine Partei in die Regierung unter dem letzten kaiserlichen Reichskanzler Prinz Max von Baden, der ihm dann am 9. November 1918 die Regierungsverantwortung übertrug. Ebert war der absolute Gegensatz zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, an deren Ermordung die Rolle der SPD-Führung um Ebert, Scheidemann und Noske bis heute im Raume steht.

Bei aller Kritik an Friedrich Ebert als Reichspräsident dürfen nicht die ernsthaften Gefahren



ignoriert werden, denen die Weimarer Republik bereits zu seiner Zeit ausgesetzt war. So vor allem die offen zum Sturz der Republik agierende terroristische, mörderische Gewalt. Auch war linksradikales antiparlamentarisches Denken und Handeln ein Konfliktpotential. Ebert wollte sein Staatsamt nutzen, um die Republik auf ein Bündnis von sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und demokratischem Bürgertum zu gründen und die Kluft zwischen „reichstreu“ und „vaterlands-

losen Gesellen“ zu überwinden. Er wollte die SPD in der Regierung halten und staatspolitische Verantwortung wahrnehmen. „Ich habe nie verhehlt“, erklärte er 1922, „dass ich entschiedener Vertreter des Gedankens der großen Koalition bin, aus staatspolitischer Notwendigkeit heraus“. Diese sich selbst gestellte Aufgabe zu behaupten, war mit viel Taktieren verbunden, denn während seiner Amtszeit als Friedrich Ebert zwölf Kabinette unter neun verschiedenen Reichskanzlern.

Mühlhausen verweist in seiner differenzierten Sicht darauf, dass sich im Zuge einer intensiven Betrachtung der Revolutionsperiode das Bild von Friedrich Ebert gewandelt hat. Indem sich beginnend mit den 1960er Jahren die Ansicht manifestierte, dass es in der Revolutionsphase nicht um die Alternative zwischen Demokratie und Bolschewismus gegangen sei, habe Ebert seinen Nimbus als Retter vor dem Bolschewismus verloren. „Es wurden Versäumnisse der Revolutionsregierung und insbesondere von Friedrich Ebert bei der Grundsteinlegung der Demokratie ausgemacht. Nicht die Formierung nach dem sowjetischem Vorbild habe

1918/19 auf der Tagesordnung gestanden, sondern es sei darum gegangen, die zu gründende Demokratie zu sichern.“ Damit sind auch Differenzen zwischen ihm als Reichspräsident und seiner Partei verbunden, aber auch zum Beispiel die Entfremdung und der Bruch zwischen Ebert und Wirth. Ebenso ist zu beachten, dass Friedrich Ebert Zielscheibe rechtsextremistischer Verleumdungen war, die nicht nur seiner Person galten, sondern auf sein Amt, auf die Republik zielten. Der Autor spricht davon, dass „schmerzliche Lücken“ bleiben, Friedrich Ebert adäquat „ins Bild“ zu setzen, „ihn als wesentlichen Akteur auf der politischen Bühne der Weimarer Anfangsjahre vor dem Hintergrund der innen- und außenpolitischen Entwicklung zu zeichnen“. Joseph Wirth habe wohl Recht gehabt, schlussfolgert Mühlhausen, wenn er schrieb, das Ebert „manches Geheimnis mit ins Grab genommen“ habe.

Alles in allem ist die vorliegende Biographie eine zu begrüßende Veröffentlichung, die für die weitere Geschichtsschreibung zu beachten ist.

• KURT SCHNEIDER

Walter Mühlhausen: *Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik.* Verlag JH. W. Dietz Nachf., Bonn 2006. 1064 Seiten, 48 Euro

Hartz-IV-Fakten

Jeden Tag kann man irgendwo lesen, was an den Hartz-IV-„Reformen“ noch nachgebessert werden könnte, was indes täglich der erlebt – besser: erleidet – der von Hartz IV leben muss, hat Justus von Denkmann im neuesten SPOTLESS-Taschenbuch „Im Namen des Volkes: Verurteilt zu Hartz IV“ nachgewiesen. Die von ihm aufgerufenen Zeugen sind in jeder Hinsicht kompetent. Prof. Peter Grottian, renommiertes Sozialwissenschaftler konstatierte: „Die Hartz-IV-Gesetze sind das gigantischste Täuschungsmanöver der Geschichte der Bundesrepublik.“

Harald Thomé, seit 15 Jahren Arbeitslo-

senbetreuer in Wuppertal bestätigte des Wissenschaftlers Feststellung mit seinen persönlichen Erfahrungen: „Hartz IV ist ein System zur Massenverarmung, mit dem ein menschenwürdiges Leben nicht sicherzustellen ist. Viele gehen psychisch an den Verhältnissen kaputt, verzweifeln und zerbrechen.“

Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit verkündete nicht weniger zynisch: Es nutze nichts, Familien die Unterstützung zu erhöhen, „die nicht mit Geld umgehen können, die sich vom Konsum berauschen lassen, statt erst einmal die notwendigsten Dinge zu bezahlen.“

Doch derlei Sprüche erschöpfen die seelische Last der ins soziale Abseits Gedrängten keineswegs. Zum Beispiel: Da Prosti-

tution neuerdings ein „anerkannter“ Beruf ist, vermittelten offizielle „Jobagenturen“ Frauen in dieses Gewerbe und drohten bei Ablehnung mit Mittelkürzungen.

Shakespeare ließ Hamlet vor vier Jahrhunderten klagen: „Die Zeit ist aus den Fugen!“ und warnen „Etwas ist faul im Staate Dänemark“. Beides trifft auf das Hartz-IV-Deutschland zu.

Was niemanden daran hindert, die Lage rund um die Uhr schönzureden.

Dieses Taschenbuch will ein Schritt zu wirkungsvoller Aufarbeitung sein, das die Wahrheit über die Ausmaße der Sozialkatastrophe wenigstens umreißt.

• J. G.

Justus von Denkmann. *Im Namen des Volkes: Verurteilt zu Hartz IV.* SPOTLESS Berlin 2007. 5,10 Euro

Annotiert

Gisela Schröder: *Eine sächsische Familie. Ihre Wurzeln, ihre Wege, ihre Schicksale.* Mitteldeutscher Verlag, Halle 2007, 208 Seiten, 16,00 Euro

Die Autorin, Jahrgang 1924 und von Beruf Germanistin, findet Jahre nach dem Tode ihres Vaters umfangreiche Briefe, Notizen, Akten und Dokumente, die Auskünfte zur Geschichte ihrer weitläufigen Familie enthalten. Sie entschließt sich, deren Wege bis zu ihrer Geburt aufzuspüren und aufzusuchen. Das ist verbunden mit der Sicht auf die gesellschaftlichen Zeitabläufe und deren Eingriffe in das Familienleben. Für Gisela Schröder ein aufregendes Abenteuer, für den Leser ein interessanter Einblick in den Werdegang einer sächsischen Familie. • K. SCH.

Im Mai 1930 nahm in Bernau die im Bauhausstil errichtete und modern ausgestattete Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) ihre Tätigkeit auf. Doch am 2. Mai 1933 wurde das Gebäude von den Nazis okkupiert und bald als „Reichsführerschule der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront“ in Dienst genommen. Eingebunden in die Geschichte des Schulkomplexes – vom Baubeginn 1928 bis zum Jahre 2005 (in der DDR Nutzung als FDGB-Hochschule) und nach langem Leerstand und Rekonstruktion seit 2005 als Schule der Handwerkskammer Berlin – steht im Mittelpunkt der Publikation die

NS-Propaganda an der Stätte einer Gewerkschaftsschule ...

Inbesitznahme der Bildungseinrichtung durch das Naziregime und ihre Nutzung als Stätte der Planung von Verbrechen und der Schulung von Führungskräften zu ihrer Verwirklichung.

Die elf Beiträge von Wissenschaftlern und Geschichtsstudenten einer Arbeitsgemeinschaft am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin fußen auf einer Veranstaltung im Dezember 2006.

Gegenstand eines Beitrages ist die Besetzung der Schule durch die SA 1933 vor dem Hinter-

grund der politischen Situation in Bernau. Kritisch analysiert wird die Rechtfertigungsschrift „Das Ende der Gewerkschaften“ des ehemaligen Schulleiters Hermann Seelbach, der schon im März 1933 zu den Nazis übergelaufen war. Die folgenden Beiträge widmen sich der Eröffnung der Reichsführerschule im Juni 1933 durch Hitler in Anwesenheit fast aller Reichsleiter der NSDAP und Gauleiter sowie ihrem Wirken als wichtigste nationalsozialistische Schulungsanstalt in den ersten Jahren

der NS-Diktatur. Der Antisemit und „Stürmer“-Herausgeber Julius Streicher kündigte hier im Juli 1935 erstmalig die Judenvernichtung an. Weitere Themen sind die Schule als Einrichtung der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS 1936 bis 1945 und als Trainingsstätte für den Überfall auf Polen sowie die hier betriebene Propagierung nationalsozialistischer Volkstumspolitik. Schließlich dokumentiert ein Beitrag die Tätigkeit der nach Bernau ausgelagerten Außenstellen des Reichssicherheitshauptamtes in den Jahren 1943 bis 1945.

Die detaillierten und fundierten Darstellungen und Analysen werden ergänzt durch eine Über-

sicht zu den 1933 bis 1945 hier abgehalten Lehrgängen und Konferenzen, ein Personenregister und ein ausführliches Literaturverzeichnis. • G. L.

Das Schicksal der ADGB-Bundesschule im Dritten Reich. Reichsführerschule – Schule des Sicherheitsdienstes der SS – Außenstelle des Reichssicherheitshauptamtes. bauDenkmal bundesschule bernau e. V., Bernau 2007. Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte, Heft 6. 179 Seiten, 5 Abb. Zu bestellen beim Verein BauDenkmal Bundesschule Bernau, Hannes-Meyer-Campus 9, 16321 Bernau, Tel./Fax 03338-767875. Versandkosten 4 Euro.

Der Weg zur Spaltung Deutschlands und der Herausbildung zweier deutscher Staaten war ein spezifisches Resultat des Kalten Krieges. Während die Sowjetunion eine Spaltung Deutschlands zu verhindern versuchte, um die Grundsätze des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland durchzusetzen, waren die Westmächte bestrebt, einen Zusammenschluss der westzonalen Besatzungszonen herbeizuführen. Ihr Ziel war es, diesen Teil Deutschlands fest in das westliche Bündnis einzugliedern.

Mit der Verkündung der Truman-Doktrin durch den USA-Präsidenten am 12. März 1947, die gewissermaßen zu einem Kreuzzug gegen die „Bedrohung vom Kommunismus“ aufrief, und des Marshall-Plans am 5. Juni 1947 sowie mit dem Scheitern der Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten, die Anfang Juni 1947 in München stattfinden sollte, wurden schließlich unübersehbare Weichen für eine Spaltung Deutschlands und damit für eine deutsche Zweistaatlichkeit gestellt. Das Potsdamer Abkommen, das die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands festgeschrieben hatte, war von den Westmächten ad acta gelegt worden. Der für Dezember 1947 nach London einberufenen Konferenz der Außenminister der vier Großmächte kam damit eine Schlüsselstellung zu.

Sondierungen für eine zweite Konferenz deutscher Ministerpräsidenten blieben in den Anfängen stecken. Die vom Berliner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg (CDU) und dem bürgerlichen Soziologen Alfred Weber initiierte Zusammenkunft von Persönlichkeiten, die am 9. November 1947 in Berlin-Wannsee stattfand, endete mit einem Aufruf zur Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, den jedoch zu unterzeichnen sich alle Ministerpräsidenten der westzonalen Länder weigerten. Der Sozialdemokrat Paul Löbe, der gegen den Willen Kurt Schumachers an der Konferenz teilgenommen und den Aufruf unterschrieben hatte, wurde vom SPD-Vorstand getadelt. Alfred Weber und andere Persönlichkeiten in den Westzonen, die sich zum Aufruf bekannten, wurden auf übelste Weise attackiert.

Erkennbar war, dass gesamtdeutsche Initiativen abgeblockt wurden und man sich auf Konzepte für ein westzonalen Besatzungsstatut sowie auf Vorarbeiten für die Verfassung eines westdeutschen Staates konzentrierte. In einem vertraulichen Informationsbericht aus Kreisen des Office of Military Government United States hieß es bezogen auf die westzonalen CDU/CSU-Politiker: „Diese Führer sind, gemäß unseren Informationen, für die Trennung der Beziehungen zur Ostzone, um alle politischen Anstrengungen im Westen konzentrieren zu können. Sie sind gegenwärtig nicht geneigt, eine politische Vereinigung aller vier Zonen zu unterstützen aus Furcht, dass die radikalisierte Ostzone den Staatskörper der Westzonen infizieren könnte.“

Das es sich als unmöglich erwies, hatte, noch vor der Londoner Außenministerkonferenz eine gesamtdeutsche Repräsentation bzw. Willenskundgebung zu erreichen, und es auch wegen gravierenden Meinungsverschiedenheiten insbesondere in der CDU nicht möglich war, wenigstens eine Erklärung des ostzonalen Parteienblocks zu erreichen, sah sich die Führung der SED auf Drängen der SMAD veranlasst, von sich aus zu versuchen, eine Willenskundgebung zustande zu bringen. In aller Eile

Vor 60 Jahren:

Breite Volkskongressbewegung gegen die Spaltung Deutschlands

Aber im Westen war sie bereits fest beschlossen



Im Osten Deutschlands geht der Kampf um die Einheit Deutschlands auch nach dem Scheitern des Volkskongresses weiter. Einwohner des französischen Sektors, in dem das Volksbegehren für eine unteilbare deutsche demokratische Republik verboten ist, zeichnen sich im sowjetischen Sektor Berlins im Mai/Juni 1948 in die Listen ein.

Foto. LN-Archiv

wurde für den 26. November 1947 eine außerordentliche Parteivorstandstagung einberufen. Auf ihr erklärte Otto Grotewohl, dass, nachdem die SED in der Frage des Zustandekommens einer gesamtdeutschen Vertretung der Parteien „bis an die Grenze der Selbstaufgabe gegangen“ ist, es nunmehr notwendig sei, einen Volkskongress nach Berlin einzu-

Otto Grotewohl schlägt vor, dem deutschen Volk das Recht zu einer Volksabstimmung über die Frage zu geben, ob Deutschland ein Einheitsstaat sein oder zerrissen werden soll.

berufen, um „von unten“ eine gesamtdeutsche Willensbildung zu erreichen, eine Volksbewegung für die Einheit Deutschlands zu entwickeln.

In dieser politisch höchst angespannten Situation fand am 6. und 7. Dezember 1947 – gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien in den westlichen Besatzungszonen und der SPD – in der Deutschen Staatsoper (Admiralpalast) in Berlin der „1. Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ statt. Von den 2215 Teilnehmern – darunter 664 Delegierte und Gäste aus den Westzonen – waren 1456 Mitglieder politischer Parteien: 651 der SED, 253 der LDPD, 242 der KPD 219 der CDU und 91 der SPD.

Der CDU-Vorstand hatte unter dem Einfluss seiner Vorsitzenden Kaiser und Lemmer eine offizielle Teilnahme der CDU abgelehnt. Den Mitgliedern der Partei wurde es überlassen, als Einzelpersonlichkeit teilzunehmen, was dann auch Otto Nuschke, August Bach, Reinhold Lobedan, Luitpold Steidle und viele andere taten. 212 Delegierte vertraten den FDGB, 94 die FDJ, 13 die VdgB, 56 den DFD, 40 die VVN und 25 den Kulturbund. 319 waren „sonstige“ Teilnehmer.

Wilhelm Pieck betont in seiner Eröffnungsrede, dass mit der Einberufung das Ziel verfolgt wird, „einen breiten – alle Parteien und Organisationen in ganz Deutschland umfassenden Kongress herbeizuführen, durch den der Wille des deutschen Volkes für einen gerechten Frieden, für Demokratie und Einheit Deutschlands zum Ausdruck gebracht werden soll“. Otto Grotewohl schlägt vor, dem deutschen Volk das Recht zu einer Volksabstimmung über die Frage zu geben, ob Deutschland ein Einheitsstaat sein oder zerrissen werden soll. Unter den Rednern sind des weiteren Otto Nuschke (CDU), Wilhelm Külz (LDPD), Erich Geske (SPD) und Max Reimann (KPD). Dieser Kongress war faktisch die erste gesamtdeutsche überparteiliche Repräsentation nach dem Kriege, die sich mit einer Entschließung an die Londoner Außenministerkonferenz wandte. In ihr hieß es: „Das deutsche Volk wünscht,

dass der Friedensvertrag die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands gewährleistet und dass dem deutschen Volk das Recht zuteil wird, durch eine Volksabstimmung selbst darüber zu entscheiden.“ Sie verwies auf die Dringlichkeit, eine zentrale deutsche Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien zu bilden, der die Aufgabe übertragen werden sollte, den Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen. Danach sollten durch „allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen eine Nationalversammlung gewählt werden, welche die Aufgabe der Ratifizierung des Friedensvertrages“ haben sollte. Der Kongress wählte eine aus 17 Vertretern bestehende Delegation, die den Standpunkt des Volkskongresses vor den Außenministern darlegen sollte.

Auf Vorschlag von Luitpold Steidle (CDU) wurde als politisch-organisatorische Leitung zur Fortführung der Volkskongressbewegung ein Ständiger Volkskongressausschuss gewählt. Ihm gehörten u.a. Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht (alle SED), Otto Nuschke (CDU), Wilhelm Külz (LDPD), Max Reimann (KPD) und Erich Honecker (FDJ) an. An die hier noch nicht vertretenen Parteien und Organisationen wurde appelliert, mit allen Rechten in der Volkskongressbewegung mitzuarbeiten. In seiner konstituierenden Sitzung wählte der Kongressausschuss Wilhelm Pieck, Wilhelm Külz und Otto Nuschke zu seinen Vorsitzenden und berief ein Ständiges Sekretariat. Um breiteste Schichten einzubeziehen, wurden danach thematisch tätige Kommissionen gebildet. Damit waren Tatsachen geschaffen, die es jedoch in Hochzeiten des Antikommunismus den westdeutschen Parteien (außer der KPD) schwerlich ermöglichte, dieser bisher ostdeutsch dominierten Bewegung beizutreten. Eine noch zu klärende Frage war auch die Sicherung der Ergebnisse der revolutionär-demokratischen Umwälzung in der SBZ unter den Bedingungen der angestrebten staatlichen Einheit Deutschlands. Und dennoch war die ins Leben gerufene Volkskongressbewegung nicht nur riskant, sondern vor allem ein offensives demokratisches Konzept zur Rettung der Einheit Deutschlands.

Auf der Londoner Außenministerkonferenz prallten die Gegensätze unverhüllt aufeinander. Der sowjetische Antrag, die Delegation des Volkskongresses – ihr hatte die britische Regierung die Einreise verweigert – anzuhören, wurde abgelehnt. Am 15. Dezember 1947 wurde die Konferenz ergebnislos abgebrochen. Die führende amerikanische Tageszeitung *New York Herald Tribune* schrieb unmittelbar nach Abbruch der Konferenz: „Wir sind am Ende der Straße angelangt, das Zeitalter Jaltas ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen.“

• KURT SCHNEIDER



Von **KLAUS HUHNE**

Natürlich kennen Sie die Behauptung, Sport sei die schönste Nebensache der Welt und halten sie sicher auch schon lange für eine maßlose Untertreibung. Indes: Es gibt genügend einflussreiche Persönlichkeiten, die sie ständig verbreiten – und dabei pausenlos das Gegenteil beweisen. Zum Beispiel Ines Geipel, eine Ex-Sprinterin und Ex-DDR-Bürgerin und Ex-Weltrekordläuferin. Die widmete der Behauptung, dass die Olympischen Spiele in Peking 2008 nicht als Nebensache betrachtet werden dürfen, fast tausend Worte in der *Süddeutschen Zeitung* (21.11.2007). Präziser: Sie setzte die Kampagne für einen Boykott der Spiele emsig fort: „Doktor Xu, als Chef des Pekinger Dopinglabors vorgestellt, lächelt, wenn er über die Zukunft spricht: ‚China wird die saubersten Spiele haben, die die Welt je gesehen hat.‘ ... Das Pekinger Olympia-Dopinglabor wurde vergangene Woche eröffnet. Natürlich ist es das größte der Welt. ... Seit Vergabe der Olympischen Spiele an Peking lagen der Kommunistischen Partei Chinas zwangsläufig zwei geharnischte Probleme auf dem Tisch: die anhaltenden Skandale um zugelegte chinesische Athleten und die schwindelerregenden Umsätze des von China aus belieferten globalen Pharmaschwarzmarkts. Es gibt keinerlei Indizien dafür, dass China diese Art struktureller Kriminalität überwunden hätte. Warum auch soll ausgerechnet eine dingfeste Diktatur zur letzten Hüterin der Moral werden? Chinesische Sportjournalisten berichten unterdessen eindrücklich davon, dass vor den Sport-Eliteschulen massenhaft Wachstumshormone und Steroide verkauft werden, dass das Thema Gen-Doping im Land auffällig heruntergespielt wird, dass die Volksrepublik zum Versuchslabor der Welt geworden ist, oder die eigent-

lichen Spiele für die Partei darin bestünden, die Spiele als maximalen Fake gegenüber der Welt zu organisieren. Kaum ein Ort dürfte für einen solchen Betrug derart prädestiniert sein wie das Pekinger Olympia-Labor. ... Eins liegt trotz oder wegen der Klartextpolitik des Geheimdienstes auf der Hand: Es darf keinen positiven Dopingfall eines chinesischen Athleten während der Spiele im nächsten Sommer geben. Wird es auch nicht. Das ist Maxime auf höchster Parteiebene und wird – wie alles im Land – rundweg durchgestellt. Der Geheimdienst agiert als komplett intransparentes System mit vielen Ausgängen nach hinten. ... Dabei gäbe es doch immerhin einiges zu fragen: Wenn es so ist, dass für die Dopingkontrollen

seraufbereitungsanlage, die Technik für die Schwimmhalle und eine neue Gepäckförderanlage für den Flughafen in Peking.“ (Reuters in BZ 22.11.2007) Damit mich niemand missversteht: Dass die *Süddeutsche Zeitung* das olympische Dopinglabor in Peking des Betrages verdächtigt, nebenbei darauf verweist, dass man andernorts für einen Boykott der Spiele plädiert und Siemens jetzt schon dreistellige Millionen-summen aus Peking einplant, passt zwar nicht zusammen, unterstreicht aber doch überzeugend den Widersinn der These von der „schönsten Nebensache der Welt“. Aber: Es bleibt dennoch auch noch Nebensache. Das könnten die Fans des FC Bayern München beid-

Sportkolumne

Von wegen Nebensache ...

während der Spiele allein das Nationale Olympische Komitee Chinas verantwortlich ist, wer garantiert dann die internationalen Vereinbarungen? Wer hat ein Augenmerk darauf, was im Pekinger Labor während der Spiele tatsächlich geschieht? ... In Kanada und den USA mehren sich die Stimmen für einen Boykott der Pekinger Spiele. In Deutschland gibt es keine Diskussion dazu. Heißt das, wir sind aus der Verantwortung entlassen? In Vorbereitung vormaliger Olympischer Spiele hatte es deutsche Sportinitiativen gegeben, die auf unerträgliche Menschenrechtssituationen in Diktaturen hingewiesen haben. Sind diese Zeiten vorbei? Ich hätte eine gute Adresse für Ines Geipel, an die sie solche Fragen richten könnte, noch dazu, da es sich um eine Münchner Adresse handelt und die *Süddeutsche Zeitung* ja doch in München erscheint. Die Adresse lautet schlicht: Siemens. Das Unternehmen teilte dieser Tage aus München mit: „Die Olympischen Spiele in Peking bescheren Siemens bereits dicke Auftragsbücher. Die Chinesen hätten Technik im Gesamtwert von 1,1 Milliarden Euro bei dem Konzern bestellt, sagte China-Chef Richard Hausmann. Siemens liefere unter anderem Stadtbahnzüge, eine Was-

die neulich zur Generalversammlung gegangen waren, wo einer von ihnen monierte, dass die Stimmung auf der neuen Fan-Tribüne nicht mit der im Olympiastadion zu vergleichen sei, wo die Bayern früher spielten. Nochmal verlasse ich mich auf den Report der *Süddeutschen Zeitung* (13.11.2007): „Manager Uli Hoeneß war kaum mehr zu halten, schrie mit aufgerissenen Augen, Zornesröte im Gesicht und erhobenen Zeigefinger in Richtung der anwesenden Fans ... schrie den Wortmeldern und ihren Unterstützern im Saal des Münchner Nockherbergs hinterher, dass dies ‚populistische Scheiße‘ sei. ... Das Stadion habe mehr als 300 Millionen Euro gekostet, das lasse sich nicht mit den Stehplatzkarten für sieben Euro abbezahlen. ‚Wer glaubt ihr eigentlich, wer euch finanziert? Das sind die Leute in der Loge, denen wir das Geld aus der Tasche ziehen‘, rief Hoeneß. ... ‚Was glaubt ihr eigentlich, wer ihr seid, dass ihr uns kritisiert, weil wir dieses Stadion hingestellt haben!‘“ Aber hat der Hoeneß bei allem nicht ein wenig recht? Auch Fußball ist eine „Nebensache“ – aber sie muss bezahlt werden! Von denen nämlich, die Fußball noch immer für eine Nebensache halten.

rosa luxemburg

12.1.2008
XIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

Klasse für sich.
Unsere Politik.
Unsere Kultur.
Unsere Medien.

Vorträge II bis IV Uhr
Klasse für sich.
Unsere Politik.
Unsere Kultur.
Unsere Medien.
Mit Beiträgen von
Mandakranita Sen, Schriftstellerin, Indien
Ramón Labarino, politischer Gefangener (Cuba Five), zur Zeit USA
Tubal Paetz, Vorsitzender des kubanischen Journalistenverbandes
Arnaldo Orzgi, Sprecher Batavia, politischer Gefangener, Bolivien
William Grigby Yáñez, Direktor von Radio Progreso, Nicaragua
Munira Abu Jamal, Journalist, politischer Gefangener, USA
Ignacio Ramonet, Chefredakteur Le Monde Diplomatique, Frankreich
Christian Klac, politischer Gefangener, BRD
Aikta Papariga, Generalsekretärin der KP Griechenlands (KKE)
Moderation: Dr. Schönm

Podiumsdiskussion
Partei für alle?
Brauchen wir neben der »Linken« eine eigene marxistische Organisation?
mit:
Sarah Wagenknecht, Europaparlamentarierin DIE LINKE
Hans Heinz Holz, Philosoph
Ralf Becker, Schauspieler, verd.-fachbereich Medien (angefragt)
Markus Mohr, Hartz-IV-Empfänger, Aktivist, Hamburg
Moderation: Dietmar Kochschieder, junge Welt

ab 21 Uhr
Konzert
mit:
Dorbert Holmboen (Solo, Ex-Chambourne)
Xiliskid (knackiger Postrock aus dem Bundesland)
Banda Bassotti (melodischer Six-Pack aus Italien)
Veranstaltungsort:
URANIA-HAUS
an der Urania 17
10787 Berlin
Einlass ab 19.00 Uhr
(zwischen 19 und 21 Uhr werden Filmcocktails aus hiesigen Koellern ausgetriggert)
Eintrittspreise:
Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert) 21,-/erm. 15,- Euro
Koellereinkarte (Vorträge, Diskussion) 11,-/erm. 9,- Euro
Podiumsdiskussion 5,-/erm. 3,50 Euro
Konzertkarte 9,-/erm. 6,- Euro
Das Urania-Haus finden Sie mitten in der City-West, an der Verlängerung des Kurfürstendamms, vom Bahnhof Zoologischer Garten mit Bus und U-Bahn in wenigen Minuten erreichbar. 5 Minuten Fußweg von den U-Bahnstationen Wittenbergplatz und Nollendorferplatz.
DB Bahnhof Zoologischer Garten, U-Bahn Wittenbergplatz, Nollendorferplatz, S-Bahn Zoologischer Garten, Bus 100, 80, M19
Informationen und Kartenreservierungen:
Aktionsbüro junge Welt
Telefon (030) 53 63 55 10
www.jungewelt.de
www.rosa-luxemburg-konferenz.de
In den Wochen vor der Konferenz können Sie vorbereitende Beiträge in der Tageszeitung junge Welt lesen, erreichbar auch unter www.jungewelt.de

Eintrittspreise: Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert) 21,-/erm. 15,- Euro; Koellereinkarte (Vorträge, Diskussion) 11,-/erm. 9,- Euro; Podiumsdiskussion 5,-/erm. 3,50 Euro; Konzertkarte 9,-/erm. 6,- Euro. Das Urania-Haus finden Sie mitten in der City-West, an der Verlängerung des Kurfürstendamms, vom Bahnhof Zoologischer Garten mit Bus und U-Bahn in wenigen Minuten erreichbar. 5 Minuten Fußweg von den U-Bahnstationen Wittenbergplatz und Nollendorferplatz.
Informationen und Kartenreservierungen beim Aktionsbüro junge Welt unter Tel. (030) 53 63 55 10 oder www.rosa-luxemburg-konferenz.de
Eine Veranstaltung der Tageszeitung junge Welt mit Unterstützung von: Deutscher Freier Arbeiterverband, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ, DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Marx-Engels-Stiftung, Institut für Theorie und Politik, Netzwerk cuba – i / if / om / ions - biro – e.V., IG Metall Jugend Berlin-Brandenburg/Sachsen, FG BRD-Kuba e.V., GBPLALB, Unsere Zeit – Zeitung der DKP, Marxistische Bilanz, Rotfuchs, Roter Oktober Sales, asafa, AMAB, TJK, Galerie Olga Benario, Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte

Ich bedaure, dass es bereits viel zu viel DDR-Nostalgie gibt.“ Und weiter: „19 Jahre nach dem Fall der Mauer müssen wir feststellen, es gibt eine dramatische Unwissenheit über das, was einmal der DDR-Sozialismus war. Dem müssen wir durch mehr Aufklärung und Bildung entgegenreten“. Wer ist wir? Diese Aussagen von Ministerpräsident Althaus (LVZ vom 8.11.07) sind aufschlussreich. Herr Althaus gehört schon seit langem zu den Hardlinern bei der Bewertung der DDR-Vergangenheit. Unter Aufklärung und Bildung versteht er, noch mehr als bisher Dreck, Müll und üble Verleumdungen über die DDR auszuschütten. Den Bürgern soll mit geradezu missionarischem Eifer eingebläut werden, wie sie die DDR gefälligst zu sehen haben, völlig unberührt von eigenen positiven Erfahrungen. Mit zunehmenden Abstand von den Ereignissen des Jahres 1989 spüren die Men-

Wir sollten wirklich aufklären

schen, was ihnen mit der Beseitigung ihres Staates auch im persönlichen Bereich verloren gegangen ist. Sie haben es leid, dass dieser Staat ständig mit den vom Westen importierten Begriffen wie „Unrechtsstaat“, „Diktatur“ oder „permanentes Überwachungssystem“ diskriminiert wird. Abgesehen davon, dass Kindern und Jugendlichen ein völlig falsches Bild von diesem Staat vermittelt wird, die dadurch auch noch in Widerspruch zu den positiven Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern geraten. Man kann doch z. B. nicht von einzelnen Personen, denen Unrecht widerfahren ist, darauf schließen, dass das ganze System ein Unrechtssystem war.

Zum Glück kann man inzwischen auf eine

große Zahl sachlicher und gründlich recherchierter Literatur zurückgreifen, wo seriöse und namhafte Autoren das Bild über die DDR wieder gerade rücken und solche Pseudo-Schriften wie die eines Dr. Hubertus Knabe eindeutig widerlegen. Sie treten den Beweis dafür an, wie die DDR und ein nicht geringer Teil seiner Bürger durch Verleumdungen, Verdrehungen und Unwahrheiten bewusst in die kriminelle Ecke gestellt werden sollen. Diese Literatur sollte man bei der von Althaus angeregten „Bildungs- und Aufklärungskampagne“ mit zu Rate ziehen, um ein ausgewogenes Bild über den zweiten deutschen Staat zu vermitteln.

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER,
LEIPZIG

Ein Sozialmörder zieht seinen Kopf aus der Schlinge

Die Agenda 2010 ist nicht nur eng mit dem Namen Muntefering verknüpft, sondern er personifiziert sie quasi. Als Bundesarbeitsminister, Vorgesetzter der Bundesanstalt für Arbeit, war er das Synonym für staatlich organisierte hemmungslose Ausplünderung von Millionen Arbeitslosen, ihrer Entmündigung und der Versklavung einer ebenso großen Anzahl von Menschen. Nun geht er, nicht in die Arbeitslosigkeit und natürlich bleibt er auch von Hartz IV verschont.

Hat er vielleicht selbst bemerkt, wie weit seine Vorstellungen von der Praxis entfernt sind, oder will er seiner korrupten Partei nicht weiter zur Last fallen? Frau Kanzlerin gönnt ihrem Rivalen aber auch keinen Sieg, blockiert Mindestlohn und andere Sympathieaktionen der SPD. Ob der profllose, Parteiparolen dreschende Scholz einen solchen gerissenen Demagogen wie Muntefering ersetzen kann, ist allerdings mehr als zweifelhaft. Die Spekulation der Kanzlerin, eine Blockade der SPD könnte zu Neuwahlen führen, die ihre Position stärken, kann sich auch als Trugschluss erweisen, siehe Polen. Zweifellos, ein Ass fehlt im zukünftigen Kartenspiel ...

JOCHEN SINGER
LEIPZIG

Realpolitik, ein auch vom Stadtverband der Linken in Leipzig arg strapazierter Begriff, zielt nicht etwa auf die Lebenswirklichkeit der Bürger, sondern auf die Realität der Funktionsweise des parteipolitischen und parlamentarischen Systems. Dass Realpolitik oft im deutlichen Missverhältnis zur Lebensrealität steht, zeigen zum Beispiel die Zustände im Bildungsbereich: Die weitverbreitete intensive Nutzung von Fernseher und Computer bei Kindern, führt zu schlechten Leistungen in der Schule und zu Frustrationen im sozialen Miteinander. Gewaltdarstellungen senken die Hemmschwelle bei Kindern und Jugendlichen zur Anwendung von Gewalt im zwischenmenschlichen Umgang. Erwiese-

Tatsächliche Realpolitik ...

nermaßen. Könnte die Schule gegensteuern? Es gibt einen permanenten Druck auf den Bildungssektor: Schulschließungen, Personalabbau, Austrocknen der Mittel. Die Schule will immer weniger Korrektiv sein, eine Erziehung zu friedlichem und kooperativem Handeln ist unter der real existierenden Bildungspolitik kaum möglich. Der Leistungsdruck und die Selektion im Schulsystem tun ein Übriges. Aber das ist noch nicht alles. Hinzu kommt der propagandistische und ideologische Charakter einer Fremdsteuerung auf Schulen und Hochschulen: Unter dem Titel „SEIS macht Schule“ bietet die Bertelsmann

Stiftung den Schulen ein Selbst-evaluations- und Steuerungsinstrument an, das den „Entwicklungsprozess einer Schule zielgerichtet, effizient, systematisch und nachhaltig“ voranbringen soll. Ein Netzwerk von weit über 1000 sogenannten Innovativen Schulen in 16 Bundesländern ist schon aufgebaut. Mit dem Bertelsmann-Projekt „Media Smart“ soll paradoxer Weise gerade die werbetreibende Wirtschaft in den Schulen „Medien- und Werbe-kompetenz“ fördern.

Ein anderes Beispiel für die Fremdsteuerung ist CHE – eine private und als gemeinnützig anerkannte GmbH, die von der Bertelsmann-Stiftung finanziert

wird. Der Betriebswirtschaftler und Leiter dieser „unabhängigen Denkfabrik“, Prof. Detlef Müller-Böling, hat sich zum informellen Bildungsminister der Republik aufgeschwungen. Ihm geht es weniger um Bildung als vielmehr um die Übertragung betriebswirtschaftlicher Strukturen und Steuerungsinstrumente auf die Hochschulen und um die Einführung einer (die staatlichen Zuschüsse) ergänzenden privaten Bildungsfinanzierung, kurz um Studiengebühren.

Das ist Realpolitik! Bevor man als Die Linke.Sachsen in eine Regierung eintritt, sollte man sicher wissen, ob und wie in Sachsen gegen diese Verhältnisse wirksam anzugehen ist. Es gibt sehr viele offene Fragen.

RENE NITSCHKE, LEIPZIG

Bibel und neues Recht

Die sprichwörtliche Stecknadel hätte man fallen hören. Schließlich kommt es nicht alle Tage vor, dass sich ein bekennender Materialist mit dem Alten Testament beschäftigt, so wie Dr. Roland Wötzel kürzlich während eines Gedankenaustausches, zu dem

die Initiative Christliche Linke eingeladen hatte. Der Leipziger Rechtsanwalt erwies sich als profunder Kenner und Interpret biblischer Texte, interessant seine Gedankenverbindungen über „Altes Testament und neues Recht“.

HERMANN GERATHEWOHL,
LEIPZIG

Schäuble will Rente mit 70

Renteneintrittsalter mit 70 – was für schizophrene Pläne. Es ist an der Zeit diesen sozialpolitischen Rabauken in die Schranken zu weisen. Wer jetzt noch nach den jüngsten

rentenpolitischen Offerten von Schäuble, Sinn und Zimmermann an eine Zähmung oder einer zivilisierten Reformierbarkeit des Kapitalismus glaubt, ist politisch naiv oder will die Realität nicht erkennen. Die ASG Leipzig – Die Linke erteilt den Rentenplä-

nen von Schäuble und Co eine klare Absage und wird auch weiterhin gegen eine Rente mit 67 kämpfen.

MAXIMILIAN MEURER,
INGO GROEPLER-ROESER
Sprecher der
ASG Leipzig- Die Linke.

Wanderungen durch Neufünfland

DA WIR ZUNÄCHST DURCH ZERBST KAMEN, war als erstes Besinnung angesagt. Mancher mag das Thema als „unpassend“ betrachten, aber es gehört nun mal zu den Realitäten unserer Tage. Auch in Zerbst war Zwist aufgekommen wegen der Bestattungen, die niemand bezahlen will. „Immer öfter Bestattung auf Pump oder mit Zuschüssen“ alarmierte das Lokalblatt und das dürfte nicht nur uns schockiert haben. Dass die Kosten für ein Begräbnis nach der Streichung des Sterbegeldes jetzt von der Steuer abgesetzt werden können, gilt logischerweise nur für den, der etwas zu versteuern hat. Und die anderen? Ein Fall war dem Reporter zu Ohren gekommen, bei dem ein Bestattungsunternehmer eine Mutter würdig zur letzten Ruhe gebettet hatte und bis heute nicht weiß, wer ihm die Kosten erstattet, weil die Kinder nicht imstande sind, zu zahlen. Durch neue Bestimmungen sollen die Einwohnermeldeämter verpflichtet sein, die „Bestattungspflichtigen“ der Verstorbenen auszuforschen. Ich versuchte mir

Friedhöfe, gekündigte Notärzte, Abriss ...

vorzustellen, wie die Dame aus dem Meldeamt in ihren Karteien nach Angehörigen eines Verstorbenen sucht und denen dann Briefe schreibt: „Sie müssten demnächst Bestattungskosten in Höhe von ... begleichen“ – und ließ es lieber, mir das weiter auszumalen. Misslingt solche Suche, werden die Sozialämter bemüht. Allerdings müssen auch die erst noch gründlich nach „heranziehbar Angehörigen“ Ausschau halten. Sollten die zu arm sein, um die Kosten zu übernehmen, könnte ihnen vom Landkreis ein „Darlehen“ angeboten werden. Zugegeben: Ein mehr als ein peinliches Thema, aufgekommen wohl gemerkt als man in der Bundesrepublik Deutschland zu dem Schluss gelangt war, dass die finanziellen Möglichkeiten für die Zahlung von Sterbegeld an Bedürftige erschöpft seien. Gestatten: Armes Deutschland! WANDERER, KOMMST DU NACH STENDAL, achte darauf, dass Du keinen Notarzt brauchst, denn ... Beim Altmarkt-Notfall-Symposium in Stendal soll Tacheles geredet worden sein. An die 150 Mitar-

beiter der Rettungsdienste und Notärzte aus der Altmark waren gekommen. Dr. Matthias Schneider, dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft Notärzte in Sachsen-Anhalt nahm kein Blatt vor den Mund, als er sich dem neuen „Rettungsdienst-Gesetz“ des Landes Sachsen-Anhalt widmete. Die darin geforderten Ärztlichen Leiter für den Rettungsdienst stünden zumeist nur auf dem Papier, weil die Krankenkassen sich weigern, diese Stelle als Vollzeitstelle anzuerkennen. „Die Ärztlichen Leiter sind nur Potemkinsche Dörfer“, so Schneider. Dr. Walter Fiedler, Ärztlicher Leiter des Notarztstützpunktes Seehausen präsentierte der Runde eine Hiobsbotschaft: Die Kassenärztliche Vereinigung hat den Krankenhäusern in Seehausen, Havelberg und Stendal die Verträge zur Notarztversorgung gekündigt. „Wir sind zu teuer“, habe die Begründung gelaute. Reinhard Doberenz von der Johanniter-Unfallhilfe Stendal teilte mit: „Auch wir sind gekündigt worden“. Das reichte uns.

IN BURG ENDLICH BESSERE BOT-

SCHAFTEN: Für die Altstadtanierung ist noch Geld da. Die Kreisstadt erhält Zuschüsse von Bund und Land in Höhe von 600 000 Euro. Also mit den Eigenmitteln summa summarum 900 000 Euro in den nächsten fünf Jahren. Das Stadtbild werde weiter verschönt. Was gibt's Wichtigeres? Mindestens ebenso Wichtig: In Burg-Süd werden weitere Häuser abgerissen! Warum? Weil mit weiterem Bevölkerungsrückgang gerechnet wird! Was das kostet: Schlappe 400 000 Euro. Gab's nicht früher mal den Witz: „Sind noch Fragen?“

IN STENDAL HATTEN SIE IMMERHIN GELD für eine Theateraufführung, zu der 150 Schüler eingeladen worden waren. „Macht das Tor auf“ hieß das Stück und vorgespielt wurde, wie Michael Gartenschläger angeblich von einem „Spezialkommando der Stasi“ erschossen wurde. Anschließend wurden die Schüler von den Schauspielern „aufgeklärt“. Zitiert wurde der „Produzent“ Til Dellers mit den Worten: „Die Thematik ist bei jungen Leuten nicht mehr unbedingt präsent, deshalb machen wir die Aufführungen.“ Wer das alles bezahlt, wurde auch verraten: Die Bundesbehörde für Stasi-Unterlagen. Die hat offensichtlich genügend Geld – nicht nur für „Unterlagen“.

Rosa Luxemburg

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN e.V.

fl : 0341-9608531

Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 5. Dezember, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Rechtsextremismus. Was bringt die Rechtsverfolgung?* Mit Jürgen Schär, Dresdner Oberstaatsanwalt. In Zusammenarbeit mit der Linken Hochschulgruppe Dresden. TU-Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Donnerstag, 6. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Vorweihnachtliche literarisch-musikalische Soiree: *Das säkularisierte Weihnachtsgedicht.* Mit Prof. Dr. Klaus Schuhmann, Leipzig. Lesung: Dr. Bernhard Scheller, musikalische Umrahmung: Ilja Renk.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 8. Dezember, 9.30-16 Uhr, Leipzig
Seminar: *Fremdheit und Identität vor dem Hintergrund der Integrationsdebatte.* Mit Ines Braune, Islamwissenschaftlerin, und Wolfram Tschiche, Philosoph, Theologe. Anmeldung erforderlich. Teilnehmerbeitrag: 5 Euro. ***
Haus Steinstraße, Steinstr. 18

Dienstag, 11. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Investivlohn – Königsweg für Verteilungsgerechtigkeit?* Mit Prof. Dr. Harry Nick, Berlin. Moderation: Dieter Janke ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 12. Dezember, 18 Uhr, Chemnitz
YOU A VIVIR! Ich werde leben! Ein Pablo-Neruda-Abend. Interpretation und Moderation: Mike Melzer, Chemnitz
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Donnerstag, 13. Dezember, 17.30 Uhr, Leipzig
Vortrag, Diskussion und Film: *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion.* Mit Dr. Elke Scherstjanoi, Berlin. ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Donnerstag, 13. Dezember, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Diskussion: *Privatisierung: Wirklich alles besser, billiger, bürgernäher?* Mit Werner Rügemer, Publizist, Köln. In Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen. Kulturthaus Dresden, Kunstfoyer, Königstr. 15

Freitag, 14. Dezember, 17 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Das strategische Dreieck und die sozialistische Vision.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Methling, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Unsere Genossin
Elvira Ulrich
begeht am 6. Dezember
ihren 75. Geburtstag.
Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Elvira, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.
Deine LINKE Basisgruppe
Löbzig II

**Initiative
Christliche Linke**
10. 12., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Vorweihnachtliches Beisammensein.

**Deutscher
Freidenker-Verband**
Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)
20. 9., 16.30 Uhr: Geselliges Beisammensein.

SZM
Stadtteilzentrum Messesmagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a
6. 12., 15 Uhr: Gedächtnistraining für pfiffige Senioren
7. und 14. 12., 14 Uhr: Seniorentanzkurs.
10. 12., 16 Uhr: Wir lesen ein Weihnachtsmärchen – gemütliche Runde beim Kerzenschein.
12. 12., 14.30 Uhr: Musikalischer Nachmittag für und mit Senioren.
16 Uhr: Kinder spielen das Tabaluga-Musical
15. 12., 15 Uhr: Kinderweihnachtsfeier im SZM mit vielen Überraschungen.
16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für alle Gäste: *Der Weihnachtsmann im Märchenwald.*

Carl-Schorlemmer-Apotheke

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig
Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe
Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Federn lassen
Friedenspolitischer Disput am Montag in der Ratstonne
am 3. Dezember, 19 Uhr, in der Ratstonne
Wir diskutieren mit Prof. Dr. Hartmut Warkus, Zentrum für Medien und Kommunikation der Universität Leipzig, mit Spielern und Journalisten über die Bedeutung der Story im Computerspiel
Ronald Reagan: „Ich habe kürzlich etwas interessantes über Videospiele gehört. Viele junge Leute haben eine unglückliche Geschicklichkeit in der Koordination von Hand, Auge und Hirn bei diesen Spielen entwickelt. Die Air Force glaubt, dass diese Kinder außergewöhnlich gute Piloten sein werden, wenn sie einmal unsere Jets fliegen.“
„GameStar“ 12/2007: „Krieg den wir lieben. „Call of Duty“: Modern Warfare „all das war für uns selten so intensiv und zugleich so leicht zugänglich. Wir können gar nicht anders, als ehrlicherweise über dieses Spiel zu sagen, dass es ein Krieg ist, den wir lieben und führen, weil er ein guter – nein ein fantastischer Zeitvertreib ist.“

Theatrium
Leipzig, Miltitzer Allee 52

1. und 2. 12., 16 Uhr, 4. 12., 14 Uhr, 5. und 6. 12., 10 + 14 Uhr: *Nussknacker und Mäuseskönig.* Weihnachtsmärchen, P7.

Stadtbibliothek Leipzig
Wilhelm-Leuschner-Platz 10

Ausstellungen:
Max Schwimmer – Zeichner und Illustrator: Bis 5. 4., Ausstellungsfoyer und Kabinettausstellung.

Veranstaltungen:
Weihnachten in der Provence. 4. 12., 19.30 Uhr, Lichtbildervortrag Bibliotheksgesch. Kabinett, 4. Etg.
Künstler und Alter – Paul Klee, Otto Dix etc. 5. 12., 19 Uhr, Oberlichtsaal, 2. Etg.

Cineding
Karl-Heine-Str. 83

Ex-Drummer: 1.–5. 12., 20.15 + 22.30 Uhr.

Geliebte Jane: 1.–5. 12., 20.15 Uhr

Little Miss Sunshine: 1.–5. und 10.–12. 12., 22.30, 6.–9. 12., 20.15 Uhr.

Auf der anderen Seite: 6.–12. 12., 20.15 + 22.30 Uhr, 13.–16. 12., 20.15 Uhr, 17.–19. 12., 22.30 Uhr.

Nicht böse sein (Doku): 7.–9. und 13.–16.12., 22.30 Uhr, 10.–12. 12. und 17.–19. 12., 20.15 Uhr.

Odette Toulemonde: 13.–19. 12., 20.15 + 22.30 Uhr

Leipzigs Neue
ab Ausgabe 01/2008
auch Online (als E-Mail)
bereits einen Tag vor der Printausgabe
Der Preis für ein Jahres-Abonnement der Online-Ausgabe beträgt 15 Euro.

SPENDEN an:
Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,
Kennwort: Spende für LN
Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein
bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig
Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis einen Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.
 Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug
Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
2. Unterschrift des Auftraggebers
Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro:
 Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)
Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Wenn aus „Erik“ ein „Erick“ wird... Über Patenschaften, Filme und Insekten



Da hat sich ein Knirps soviel Mühe mit dem selbst gestalteten Filmplakat gegeben und dann rutscht einfach ein Buchstabe zuviel auf sein Blatt Papier. „Erik im Land der Insekten“, das ist ein Film, über den der Landesfilmdienst Sachsen eine Patenschaft übernahm. Hintergrund ist die wunderbare Idee, die sich an Schüler zwischen 5 und 18 Jahren wendet. Die Kinder und Jugendlichen werden dabei vom passiven Zuschauer zum aktiven und kreativen Filmpaten. Das heißt, nicht nur auf die Leinwand zu schauen, sondern beispielsweise mit Film- „Erik“ im Naturkundemuseum Leipzig mal Insekten ganz aus der Nähe zu betrachten und außerdem in einem Tonstudio zu erleben, wie so ein Film synchronisiert wird. Danach sind Phantasie und Kreativität gefragt beim Gestalten eines Plakates oder einer Collage.

Wer sich mehr zutraut und etwas älter ist kann einen eigenen Trickfilm entwickeln und

produzieren. Oder einen Spielfilm als Theaterstück neu schreiben und mit der Schulklasse inszenieren. Wer gern selbst mal bewerten möchte, was andere gedreht haben, hat die Möglichkeit mal eine richtige „Filmkritik“ zu schreiben, die mehr ausdrückt als, es hat mir gut oder gar nicht gefallen. Die Filmpatenschaften, die durch Kathrin Hansen vom Leipziger Kino „Cineding“ betreut werden vermitteln auf originelle und wissende Art und Weise Medienkompetenz, um mal einen Begriff ins Spiel zu bringen, den heute so viele im Munde führen. Alle Projekte sind natürlich nicht nur an das Fach Deutsch gebunden, da bieten sich auch Informatik, Ethik, Kunsterziehung und Werken an. Bei dem Streifen „Alle Kinder dieser Welt“, der sich an 12jährige wendet, ergänzen Materialien von UNICEF und Recherchen im Internet das Gesehene. Hier wird durch unterschiedlichstes Herangehen ein Film analysiert und nachbetrachtet. Von der Filmrolle zum Rollenspiel, eine andere sehr reizvolle und nicht so ganz einfach zu verwirklichende Idee für eine Filmpatenschaft.

Damit Gesehenes künftig nicht nur vorbeirauscht, lohnen die Annäherungen an eine der interessantesten Kunstformen. Der Landesfilmdienst unterstützt Schüler und Lehrer dabei. **•M.Z.**

Bequem und schnell mit der Bahn? Vorschlag für einen besonders wirkungsvollen Streik

Kürzlich musste ich mit der Bahn verreisen. Eigentlich fahre ich trotz der offenbar schicksalsbedingten kleineren Verspätungen, die ich grundsätzlich einkalkuliere, lieber mit der Bahn als mit dem Auto. Denn auf der Schiene gibt es keine Staus, ich kann mich für gewöhnlich bequem zurücklehnen und lesen oder sogar etwas liegengebliebene Korrespondenz erledigen. Normalerweise. Aber was ist bei der Bahn, seit sie privatisiert wurde, schon noch normal? Diesmal wurde wieder gestreikt. Ich stand also mit meinem Koffer auf dem Bahnsteig herum und wartete. Ein Zug war ausgefallen und es sammelten sich immer mehr Reisende an, die auf die nächste Gelegenheit warteten. Mein Zug kam schließlich mit mehr als einer Stunde Verspätung und alle drängten hinein. Zwar hatte ich einen Sitzplatz reserviert, doch ich kam überhaupt nicht durch, denn die Gänge waren von Mitreisenden völlig verstopft. Es war heiß und stickig, die Menschen standen, sie seufzten, husteten und schimpften. Nun hatte ich einen Termin wahrzunehmen, zu dem ich pünktlich erscheinen musste:

Ich sollte einen Vortrag halten. Und da ich vorher bereits aus den Rundfunknachrichten erfahren hatte, dass „die Bahn“ wieder streikt, war ich auf die glorreiche Idee gekommen, einen Zug früher zu nehmen. Aber wie sich allmählich herausstellte, reichte auch das nicht. Ich versuchte daher, per Handy zu telefonieren, was mir jedoch nicht gelang. Inzwischen hatte der Zug bereits zwei Stunden Verspätung und mein Vortrag hätte bereits beginnen müssen. Es war aussichtslos, zum Verzweifeln. Ich war schweißgebadet, ärgerte mich und mir ging so die Frage durch den Kopf, warum die Lokführer streiken und nicht für sie die Schaffner, die die Fahrkarten kontrollieren. Letzteres würde doch genau die Richtigen treffen, nämlich den Vorstand der Bahn. Die Reisenden kämen pünktlich an ihr Ziel, und in Solidarität mit dem streikenden Bahnpersonal könnten die Fahrgäste dann ihre nicht abgestempelten Fahrscheine zur Erstattung einreichen. Das wäre doch ein viel wirkungsvollerer Streik.

• WOLFGANG BITTNER

PS: Singen hilft gegen nervende Fragen

Neulich hing ich mal wieder in der Telefonwarteschleife meiner Bank und eine elektronische Weiblichkeit stellte mit erotischer Stimme die üblichen Fragen, die ich mit Tastendruck beantworten musste. Manchmal reichte aber auch ein ja oder nein. Vielleicht bekam ich an jedem Tag die Zähne nicht richtig auseinander, ständig tönte es zurück: „Ich habe Sie leider nicht verstanden.“ Nach fünf Minuten sinnlosen Geplänkels reichte es mir, ich legte auf. Wählte erneut. Wieder war die elektronische Tussy dran, diesmal tat ich das, was viele bereits tun. Ich sang ihr ein „Tralala“ ins Ohr. Sekunden später hatte ich einen richtigen Menschen im Ohr. Hallo! • MIC

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die Konsumgenossenschaft Leipzig beteiligt sich nicht an der „Leipziger Tafel.“ DLF 7. 11.

Marokko zum Pülen transportiert und danach in die BRD zurückgeliefert. ZDF 14.11.

In guten Märchen werden 20 000 Wörter verwendet. Bild kommt mit 2500 Wörtern aus, obwohl dort viele Märchen erzählt werden. 3sat 8. 11.

SPD - Vorschlag Volksaktie: Wir verkloppen die Bahn dem Volke, das sie mit seinen Steuern schon einmal bezahlt hat. WDR 17.11.

Weltweit gibt es immer noch circa 250 000 Kindersoldaten. Arte 10.11.

Kasachstan, so groß wie Westeuropa, 15 Millionen Einwohner, ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt. Es gibt Öl, Gas Uran, Gold. Pro Tag werden 1,4 Millionen Barrel Öl gefördert. China ist überall präsent - ein Alptraum für die USA. Das Land ist auch für die Deutsche Bank hochinteressant. Die meisten Kasachen sind noch bitterarm. 3sat 16. 11.

Der Wirtschaftsweise Bert Rürup schlägt einen Mindestlohn von 4,50 Euro vor. DLF 14. 11.

Die Polen sind ein Volk, das sich nur unter der Knute wohlfühlt. Zerlumpt, viele Juden, viel Mischmasch. Sie werden für uns arbeiten müssen.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg zitiert im DLF 14. 11.

Was gefällt Ihnen an den Deutschen? „Vielleicht kann ich es am besten so beschreiben: Ich läge am liebsten mit einem Deutschen im Schützengraben. Das liegt an vielen guten Eigenschaften, die mir lieb und wichtig sind.“

Gunter Sachs LVZ 14.11.

Wie finden Sie die heutige Fernsehzeitung auf die DDR? „Leuten, die die Zeit erlebt haben, sträuben sich zuweilen das Gefieder, weil die Geschichten, die über uns erzählt werden, hinten und vorne nicht stimmen. Wir, die wir in dem Land gelebt haben, fühlen uns oft vorgeführt und verkehrt!“

Schauspieler Jürgen Zartmann LVZ 17./18.11.

In Brüssel kommt auf jeden EU-Beamten ein Lobbyist.

DLF 19.11.

Die Krabben, die in der Nordsee gefangen werden, werden nach

ENTDECKT VON MANFRED ERBE

Philosophisches

Eine Grundfrage der Philosophie lautet, ob zuerst die Dinge käuflich waren oder die Menschen.

*

Die Welt lässt sich leicht verändern, aber nur schwer verbessern.

*

Als die Gerechtigkeit ihren Lauf nahm, ward sie nicht mehr gesehen.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de Internet: www.leipzig-neue.de Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung: Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

26. November 2007

Die nächste Doppel-Ausgabe erscheint am 21. Dezember 2007

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40